154. Sonnabend den 5. Juli 1862. 154.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum: Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 5. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Regierungsrath Mock zu Sigmaringen den Königlichen Kronenorden dritter Klasse zu verleihen.

Der bisherige Privatdocent an der Königlichen Universität in Halle, Ober-Lehrer Dr. F. A. Arnold, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät daselbst ernannt worden.

Dem Thierarzt erster Klasse, J. W. Birrenbach, ist die Kreis-Thierarztstelle für die Kreise Altena und Olpe im Regierungsbezirk Arnsberg verliehen worden.

An der Ritterakademie zu Brandenburg a. H. sind die Schulamtskandidaten Biermann und Dr. Jänicke als Adjunkten angestellt worden.

An der Realschule zu Stettin ist die Anstellung des Schulamtskandidaten Dr. Schön als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

An der Realschule zu Lippstadt ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Vilmar als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., Freitag 4. Juli, Nachmittag. Nach dem „Frankfurter Journal“ hat die Hessen-Homburgsche Regierung in ihrer heutigen Sitzung die Aufhebung der Spielbank in Homburg zu beantragen beschlossen. Die Aufhebung soll bald erfolgen. (Unverständlich.)

N **Nochmals der Handelsvertrag mit Frankreich.**

In dem Leitartikel unserer Zeitung Nr. 142 haben wir uns über die Bedeutung des mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrages dahin ausgesprochen, daß derselbe nur den zunächst Frankreich gelegenen Provinzen der Monarchie zu Gute komme, besonders auch, weil unsere Industrie noch nicht so weit vorgeschritten sei, um in Frankreich einen Markt zu finden, daß daher aus beiden Rücksichten ein Handelsvertrag mit Rußland der hiesigen Provinz viel erwünschter erscheinen müsse.

Im Allgemeinen müssen wir zwar bei diesem Urtheil stehen bleiben. Ganz wollen wir jedoch nicht daran verzweifeln, daß auch uns der französische Vertrag zum Vortheil gereichen könne, sofern wir nur den aus demselben für uns möglichen Vortheil gehörig zu erfassen verstehen.

Zuvörderst dürfen wir nicht annehmen, daß Frankreich so weit von uns entfernt sei, als dies auf den ersten Blick scheint. Die schwerfälligen Produkte unserer hauptsächlichsten Industrie, der Landwirthschaft, können allerdings nicht den theuren weiten Landweg nach Frankreich zurücklegen. Dagegen ist uns der billigere Wasserweg über die Häfen zu Kolberg, Stettin und Hamburg dahin offen und wird uns durch den gleichzeitig mit Frankreich abgeschlossenen Schifffahrtsvertrag noch mehr eröffnet, indem danach die Schiffe aus obigen Häfen den französischen (bei direkter Fahrt) ganz gleichgestellt sind.

Welches wären nun also die Produkte, welche Frankreich bedarf und die in der hiesigen Provinz produzirt werden oder mit Leichtigkeit produzirt werden könnten?

1) In erster Linie steht unser Spiritus. Frankreich hat davon im Jahre 1860 durch die Ost- und Nordseehäfen allerdings nur den nicht erheblichen Betrag von 3700 Centner aus dem Zollverein empfangen. Daß nicht mehr dahin gegangen ist, beruhte in den beträchtlichen Eingangszöllen und den ungünstigen Schifffahrtsverhältnissen. Wenn nun aber unser Alkohol (zu 100 Graden) in Frankreich vom Jahre 1862 ab mit 20 Franks für den Hektoliter (5 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. für 87⅓ preuß. Quart) und vom Jahre 1864 ab mit 15 Franks für den Hektoliter Eingangszoll belegt ist (seine Liqueure zahlen allerdings beträchtlich mehr, namentlich eine hohe Verbrauchsabgabe), so erscheint dieser Zoll nicht zu hoch. Frankreich bedarf aber unsern Alkohol zu seinen chemischen Produkten (Bleiweiß, Firnissen 2c.), zur Liqueur- und Franzbranntwein-Bereitung, auch (wegen des Holzmangels in Frankreich) zum Kochen. Wir dagegen besitzen bereits Brennereien, welche (wenigstens diejenigen, welche sich in deutschen Händen befinden) keine Konkurrenz mehr zu scheuen brauchen. Geben wir uns also Mühe, recht guten, den Ansprüchen Frankreichs genügenden Spiritus zu liefern. Demnächst werden

2) unser Getreide, und in Nothjahren auch Kartoffeln, zur See mehr als bisher nach Frankreich gehen können.

3) Sodann möchte es sich fragen, ob wir nicht für die Produkte unserer Viehzucht einen Markt in Frankreich erlangen könnten. Süddeutschland führt alljährlich sehr große Mengen von lebendem Schlachtvieh nach Frankreich aus. Für lebendes Vieh ist allerdings der Transport von hier aus nicht ausführbar. Es möchte sich aber fragen, ob wir nicht für Fleischwaaren einen Absatzweg nach Frankreich finden möchten. Wir besitzen einen Ueberfluß an Roggen und könnten davon noch erheblich mehr hervorbringen. Durch Roggenmast bringt man das festeste, haltbarste, kräftigste Schweinefleisch hervor. Ebenso steht uns für die Rindviehzucht noch hinlänglich Futter zu Gebote. An Jungvieh fehlt es uns gleichfalls nicht. Sowie wir unsere Kartoffeln in der Form von Spiritus ausführen, so könnten wir unsern Roggen in der Form von Wurst und Schinken, vielleicht auch das Rindviehfutter in der Form von Rauch- und Pökelfleisch ausführen. Mecklenburg verwerthet schon seine Produkte in dieser Weise, und wir liegen nicht so weit zurück, um nicht auch an dieser Industrie Theil nehmen zu können. In dem dem Handelsvertrage angehängten Tarife ist übrigens ein Zollsatz für Fleisch nicht aufgeführt, so daß danach anzunehmen ist, daß es fortan frei nach Frankreich eingehen kann.

4) Unsere Bauhölzer (roh und zugerichtet), unsere Wagenarbeiten (roh und zugerichtet), unsere Fässer mit Holzreifen sind in Frankreich nach dem vertragsmäßigen Tarif ausdrücklich vom Eingangszolle befreit. Frankreich ist eher arm als wohlhabend an Holz, es läge also auch hierin wieder eine neue Aussicht vor für unsere Holzproduktion und unseren Holzhandel. Endlich möchten noch

5) unsere hölzernen Meubles und unsere, in der hiesigen Provinz gefertigten wollenen Tuchkleider in's Auge zu fassen sein. Es ist eine eigenthümliche Erfahrung, daß, während Deutschland mit Frankreich in feineren Artikeln nicht überall konkurriren kann, dies dennoch bei vielfachen gröberen Artikeln der Fall ist, bei welchen mehr der Grundstoff, als die Arbeit bezahlt wird, und die sich daher besonders durch Billigkeit auszeichnen. Am auffallendsten zeigte sich dies schon früher bei den Seidenwaaren. Während Frankreich den Zollverein mit seinen Seidenwaaren fast überschwemmte, führten die deutschen Fabrikanten ungeachtet der vielfachen, kaum übersteiglichen Hindernisse nach Frankreich und über Frankreich ihre gröberen Seidenwaaren aus. Unsere Provinz producirt hölzerne Meubels und wollene Tuchkleider, obschon keineswegs in guter Qualität, dennoch zu auffallend billigen Preisen, so daß der Versuch, diesen Artikeln in Frankreich einen Markt zu eröffnen, nicht von der Hand zu weisen wäre. Unsere Meubles zahlen in Frankreich fortan 10 Procent des Werthes, unsere wollenen Kleidungsstücke zahlen vorläufig 15 Procent, später 10 Procent des Werthes als Eingangszoll, was erträglich erscheint.

Lassen wir also vorläufig den Muth nicht sinken, bilden wir vielmehr diejenigen Industriezweige aus, zu welchen wir in unserer Provinz die Vorlagen besitzen. Ein künftiger Handelsvertrag mit Rußland wird uns dann um so gerüsteter und ausgebildeter vorfinden.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 4. Juli. [Attentat auf den Großfürsten Konstantin.] Nach einer hier eingegangenen telegraphischen Depesche aus Warschau ist gestern (3. Juli) Abends ein Attentat auf den Großfürsten Konstantin verübt worden. Als Se. kaiserliche Hoheit Abends um 10 Uhr das Theater verließen und in den Wagen einsteigen wollten, wurde aus nächster Nähe ein Revolver auf Höchstdenselben abgefeuert. Der Großfürst soll leicht verwundet sein. Der Verbrecher ist festgenommen. (Allg. Pr. Z.)

Σ Berlin, 4. Juli. [Die kurhessische Frage; das neue Attentat.] Mit Spannung sieht man der vom Abgeordneten v. Sybel beabsichtigten Interpellation in der kurhessischen Angelegenheit entgegen, umsomehr da es noch nicht klar ist, welche Gesichtspunkte dabei als die maßgebenden zur Geltung gebracht werden sollen. Aus guter Quelle höre ich, daß die preußische Regierung vollkommen von der Nothwendigkeit durchdrungen sei, die Schritte des Kasseler Ministeriums zu überwachen und unablässig darauf zu achten resp. dahin zu wirken, daß der preußisch-östreichische Antrag am Bunde vom 24. Mai d. J. und die erwähnte kurfürstliche Verkündigung ganz und voll zur Ausführung gelangen. Es ist aber nicht wohl zu erwarten, daß die Regierung in einer solchen schwebenden Angelegenheit dem Plenum der Kammer diejenigen Schritte mittheilen werde, welche zur Erreichung des erwähnten Zweckes in Aussicht stehen, oder bereits eingeleitet, oder geschehen sind; eine solche Mittheilung würde vielmehr wohl jedenfalls nur eine vertrauliche, etwa einer Kommission zu ertheilende sein können.

Die heute hier telegraphisch eingetroffene Nachricht, daß auf den Großfürsten Constantin in Warschau geschossen und derselbe leicht verwundet sei, ist mit ebenso großer Entrüstung über das Verwerfliche eines solchen versuchten politischen Meuchelmordes, wie mit Besorgniß über die Folgen des Attentats aufgenommen. Nachdem Kaiser Alexander II. den Polen — bis auf die Wiederherstellung ihrer früheren nationalen Selbständigkeit als besonderes Königreich Polen — so Vieles gewährt hat, muß dieses frevelhafte Attentat selbst einen so wohlwollenden und aufgeklärten Monarchen stutzig machen, und könnte in ihm schließlich den Gedanken erwecken, daß die gewährten Konzessionen dazu dienten, der politischen Agitation neue Nahrung zu geben. An Einwirkungen auf den Kaiser in diesem Sinne wird es ohnehin nicht fehlen, und unter allen Umständen muß das verbrecherische Ereigniß doch schon im Interesse einer liberalen Reformpolitik, und für die Staatsangehörigen des Kaisers Alexander nicht allein, ebenso verdammt wie beklagt werden.

☾ Berlin, 4. Juli. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König wohnte heute Mittags 1 Uhr der Begräbnißfeierlichkeit der Hofdame der Königin-Wittwe, Gräfin Canitz bei, welche hier vor einigen Tagen im Hause ihres Schwagers, des General-Superintendenten Dr. Hoffmann gestorben und heute Morgens, nach einer Trauerfeierlichkeit im Sterbehause nach Potsdam gebracht war, woselbst sie einer letztwilligen Verfügung zufolge, ihre Ruhestätte gefunden hat. — Um halb 5 Uhr hält die persische Gesandtschaft ihre feierliche Auffahrt und wird dieselbe im Beisein des Ministers des Auswärtigen Grafen v. Bernstorff, der obersten Hofchargen 2c. vom Könige in einer Privataudienz empfangen. — Außer unserem Militär-Bevollmächtigten in Paris, Major Stein v. Kaminsky, nimmt auch ein Artillerie-Hauptmann an der Expedition der Franzosen in Mexiko Theil.

— [Tagesbericht.] Um „die Aufregung zu beschwichtigen, welche die jüngste Veränderung in der Leitung des hiesigen Polizei-Präsidiums hervorgerufen hat“, macht die „Stern-Zeitung“ lange Worte, deren kurzer Sinn doch der ist: Herr v. Winter paßte nicht in das herrschende System. — Die Liste der auf Wartegeld gestellten Civilbeamten eröffnet ein Staatsminister mit 2000 Thlr. Jahrgehalt, es folgen zwei Ober-Präsidenten (v. Kleist-Retzow und v. Puttkamer) mit je 2000 Thlrn., ein Bankchef (Hansemann) mit 2000 Thlr., 3 Regierungspräsidenten, 1 Regierungs-Vicepräsident, 1 Direktor des literarischen Bureaus, 7 Gesandte und geheime Legationsräthe, 1 Polizeipräsident (Freiherr v. Zedlitz) mit 1500 Thlr., 3 Polizeidirektoren, 8 Landräthe, 1 Geheimer Admiralitätsrath (Gäbler). — Die öffentliche Verhandlung gegen die Schriftstellerin Ludmilla Assing wegen Ehrfurchtsverletzung gegen den König und die Königin und Beleidigung des Polizeidirektors z. D. Duncker wird am 4. August stattfinden. — Gestern langten wieder etwa 20 große Kisten hier an, welche mit Gegenständen gefüllt waren, die der königl. Gesandte Graf zu Eulenburg von der ostasiatischen Expedition mitgebracht hat. — Es gehen mannigfache Klagen über verspätete Eingänge telegraphischer Depeschen ein. Deshalb haben die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Danzig den Handelsminister um Vermehrung des Personals und der Leitungen gebeten. — Aus einer Berechnung der „Nordd. Allg. Z.“ über das Verhältniß der letzten preußischen Marschbereitschaft zu den früheren Mobilmachungen ergiebt sich, daß die erstere etwa zehnmal weniger gekostet habe, als die früheren. Die Kosten werden auf höchstens 274,000 Thlr. angenommen. — Den königlichen Museen ist, wie die „V. Z.“ mittheilt, eine werthvolle Sammlung von 21 verschiedenen Gegenständen, theils aus dem Sudan, der Sahara und der Kabylie von der Frau Landbaumeister Pauline Kern zu Dresden gewidmet worden. Die Sammlung besteht hauptsächlich aus Waffen der verschiedenen Stämme und den Touaregs im Sudan, so wie Lederarbeiten aus dem Sudan, verschiedenen Fächern, Versteinerungen 2c. Sämmtliche Gegenstände sind vom Generaldirektor der königlichen Museen Herrn v. Olfers mit großer Befriedigung entgegengenommen worden. Se. Maj. der König hat der Geberin ein huldreiches Dankschreiben, und durch die königlich preußische Gesandtschaft zu Dresden ein werthvolles Armband mit Allerhöchstihrem Bildniß zugehen lassen.

Insterburg, 1. Juli. [Auswanderer.] Wie die „Pr. Lit. Z.“ meldet, sind in letzter Zeit größere und kleinere Züge von mennonitischen Auswanderern der Elbinger Kolonie hier durchpassirt, um über Moskau nach Südrußland zu gehen, wo ihnen der Kaiser unter sehr vortheilhaften Bedingungen die Ansiedelung garantirt hat. Jeder Familienvater erhält Abgabenfrei eine Grundfläche von 4 Hufen, für welche er nach Ablauf von 10 Jahren einen Kaufpreis von 400 Thlrn. zu entrichten hat. Die Ländereien sollen außerordentlich fruchtbar sein. Mennoniten, welche sich dort schon früher angesiedelt haben, haben daher ihren Glaubensgenossen angerathen, sich ebenfalls nach Rußland zu begeben. Auf diese Weise verliert der preußische Staat eine große Anzahl wohlhabender und betriebsamer Einwohner. Einzelne Auswanderer sollen bis 30,000 Thaler und einen Hausstand von 20—50 Personen nach ihrer neuen Heimath mitgenommen haben.

Sachsen. Leipzig, 2. Juli. [Konflikt.] Zufolge eines hier in einem öffentlichen Lokal zwischen einem Studenten und einem Offizier stattgehabten Konfliktes, der mit einer Ohrfeige für den Ersteren endete, macht das Universitätsgericht mittelst Anschlages am schwarzen Brett unter Anerkennung der angemessenen und ruhigen Haltung der Studirenden bekannt, daß es alle Schritte thun werde, dem Beleidigten Genugthuung zu verschaffen.

Großbritannien und Irland.

London, 2. Juli. [Die Vermählung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen] fand gestern Mittag zu Osborne in stiller und prunkloser Weise statt. Obgleich die ganze Feier einen Privatcharakter trug, so wohnten der Trauung doch nahe an 100 Personen bei. Nach Beendigung der kirchlichen Feier ward ein Dejeuner eingenommen, und als dieses vorüber war, kehrten die meisten Hochzeitsgäste nach London zurück. Die Neuvermählten fuhren um 5 Uhr von Osborne nach dem gleichfalls auf der Insel Wight in der Nähe des Seebades Ryde gelegenen St. Clare. Die „Times“ sagt im Widerspruch mit früheren Nachrichten, daß sie ihren bleibenden Aufenthalt wahrscheinlich in England nehmen werden. „Die Stellung des Prinzen Ludwig“, schreibt sie, „ist nicht der Art, daß er nöthig hätte, in Hessen zu leben, und das glückliche Paar wird seinen Wohnsitz wahrscheinlich in England aufschlagen. Die Königin wird ihre Tochter nicht verlieren und das britische Volk wird gewinnen, was es vollständig zu würdigen weiß, nämlich einen jüngeren Zweig der königlichen Familie. Es wird nicht jene vollständige Trennung stattfinden, welche uns Alle so schmerzlich berührte, als die Princeß Royal ihre Heimath mit der Gesellschaft von Fremden und Ausländern vertauschte. In dem gegenwärtigen Falle zieht für's Erste die stärkere Anziehungskraft den Gemahl von seinem Heimathslande weg, damit er unter uns wohne.“ Die Königin hat die Absicht, ihrem neuen Schwiegersohne den Titel Königliche Hoheit zu verleihen.

Frankreich.

Paris, 2. Juli. [Der Senat; Mexiko; Verschiedenes.] Der Senat hat heute, nachdem er das vom gesetzgebenden Körper festgestellte Budget bestätigt, seine Session geschlossen. — Man ist hier sehr beunruhigt wegen des französischen Korps in Mexiko, da man befürchtet, daß Lorencez sich nicht wird halten können. Krankenwärter und Arbeiter der militärischen Verwaltung verlassen heute Paris, um sich in Cherbourg nach Mexiko einzuschiffen. — Der „Forfait“, der mit dem Stabsrittmeister d'Ornant am 27. Juni von Cherbourg aus abgefahren ist, nimmt eine Menge Arzneien und sonstiger Heilmittel für die in Orizaba zu errichtende Centralapotheke mit. Es sollen neuerdings schlimme Nachrichten

aus Mexiko eingetroffen sein, welche nicht veröffentlicht wurden. Die Regierung hat den Journalen im Allgemeinen anempfohlen, mit möglichster Zurückhaltung über die Lage der Dinge daselbst zu sprechen. Die heutigen Nachrichten der Patrie, welche beruhigend wirken sollen, geben diese Beruhigung nur in sehr schmaler Dosis ein: Die Lage wird als „gut" bezeichnet, das Expeditionskorps hat „Lebensmittel" und die Verbindung ist bis „Cordova" offen. General Forey soll nicht, oder nur mit modifizirten Vollmachten, den Oberbefehl übernehmen. — Die Kosten für den völligen Umbau der heiligen Grabkirche in Jerusalem werden von dem in dieser Sache dorthin gesandten und nun wieder zurückgekehrten Architekten auf mehr als eine Million Fr. angeschlagen. — In China errichtet die französische Regierung vier neue Konsulate. Zwei davon werden an Offiziere, so das von Tientsin an einen Hauptmann der Marine-Infanterie, ein drittes an einen mit der chinesischen Sprache gründlich vertrauten und in dem Lande sehr angesehenen katholischen Missionar vergeben werden. — Es hat sich nun auch, nach dem Vorgange der Engländer, eine französische Gesellschaft für den Baumwollenbau in Algerien gebildet. Sie nimmt den Titel Compagnie française des Cotons Algériens an.

Italien.

Turin, 3. Juli. [Telegr.] Die Anerkennung des Königreichs Italien seitens Rußlands ist durch ein offizielles Telegramm notifizirt worden. Der russische Gesandte ist noch nicht eingetroffen, aber er befindet sich bereits unterwegs.

Neapel, 28. Juni. [Räuberbanden.] Von allen Provinzen ist jetzt die Capitanata am meisten von den Räuberbanden heimgesucht. Berichte von den dortigen Gutsbesitzern klagen fortwährend über die Verwüstungen, die ihnen durch Brandschatzungen, Raubanfälle, Einäscherung ihrer Landhöfe mit der eingebrachten Ernte zugefügt werden. Die Landleute können nicht ohne Gefahr die Feldarbeiten bestellen, denn überall lauern ihnen bewaffnete oder auch unbewaffnete Räubergesellen auf und erzwingen durch Androhung von Tod und Brandlegung ungeheure Summen. Die Banden des Sambro, an 100 Mann stark, die des Fitta Varanelli von 42 Mann und mehrere andere kleinere morden und brennen in jenen fruchtreichen Gegenden, und ziehen, immer frecher geworden, von einem Ende der Provinz zum andern. Die dort stationirten Truppen thun, wie selbst die Opfer des Räuberwesens es bezeugen, ihre Schuldigkeit, aber die geringe Anzahl und das zu milde Verfahren gegen das mit den Räubern in Verbindung stehende Landvolk machen die Verfolgung der Banden so beschwerlich, daß ihre Bemühungen nur selten mit einem glücklichen Erfolge belohnt werden, d. h. es gelingt ihnen nur selten, mit ihnen zusammenzustoßen, da dieselben von ihren Spionen von dem Herannahen der Truppen benachrichtigt, Reißaus nehmen und sich in den ausgedehnten Waldungen und Bergketten zerstreuen oder die Waffen wegwerfen und als ruhige Landleute, die ihrer Feldarbeit nachgehen, sich den verfolgenden Truppen zu erkennen geben. (K. Z.)

Rußland und Polen.

*Warschau, 1. Juli. [Begnadigung.] Se. Maj. der Kaiser hat den wegen politischer Vergehen nach Sibiren verwiesenen Seraphin Morawski begnadigt und ihm die Rückkehr ins Königreich gestattet.

Aus Minsk melden polnische Blätter von starken Gefangenen-Transporten, die in der Regel des Nachts oder früh Morgens aus dem Königreich nach Orenburg gehend den Ort berühren und die Sympathie der Bewohner so in Anspruch nehmen, daß mitunter die begleitenden Kosaken mit der Waffe einschreiten müssen, um den Zusammenlauf zu zerstreuen.

Warschau, 2. Juli. [Ankunft des Großfürsten Konstantin.] Großfürst Konstantin und seine Gemahlin sind heute (wie schon telegr. gemeldet) um 5 Uhr Nachmittags hier eingetroffen. Auf dem festlich ausgeschmückten Perron erwarteten ihn Markgraf Wielopolski und die sämmtliche hier garnisonirende Generalität, der Stadtpräsident Wojda und mehrere andere hohe Civilbeamte. Eine unübersehbare Menschenmenge füllte den Perron und die ganze Umgegend der Eisenbahn. Als der Waggon, in welchem sich der Großfürst mit seiner Gemahlin befand, hielt, trat Marquis Wielopolski an den Schlag; der Großfürst, welcher einfache Husaren-Uniform trug, reichte ihm die Hand, und stieg die mit Teppichen belegte Treppe langsam hinunter, von beiden Seiten die Menge freundlich grüßend, die ein tausendstimmiges Hurrah hören ließ und die Mützen schwenkte. Der Großfürst war blaß und von dem enthusiastischen, vielleicht unerwarteten Empfang durch das Publikum sichtbar ergriffen. Er begab sich nach dem Platze vor dem Bahnhofe, wo ein Bataillon Infanterie ihn mit klingendem Spiel empfing, begrüßte die Offiziere und Soldaten, und ging dann wieder nach dem Perron zurück, um seine Gemahlin abzuholen, mit welcher er im offenen Halbwagen nach Lazienki fuhr. In der Stadt wurde er ebenfalls mit Hurrahs empfangen. Man hofft auf die nahe Aufhebung des Kriegszustandes. (N. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Juli. [Telegr.] „Dagbladet" dementirt die Nachricht von einer Oktroyirung der Gesammtstaatsverfassung mit dem Bemerken, daß weder die Rede davon gewesen, noch unter der jetzigen Regierung daran gedacht worden sei.

Türkei.

Belgrad, 2. Juli. [Telegr.] Die serbische Regierung hat eine Ergebenheitsadresse nach Konstantinopel entsandt. Die Verhandlungen über die schwebenden Fragen werden geheim gehalten. Die serbische Nationalgarde ist wieder aufgelöst worden.

Amerika.

Newyork, 21. Juni. [Ergänzende Berichte.] Das Reuter'sche Bureau bringt folgende Nachrichten: Vor Richmond hat ein lebhaftes Scharmützel stattgefunden und die Konföderirten nehmen eine drohende Haltung an. Sie feuerten bei City Point auf die Unionsflotte; diese erwiderte das Feuer und brachte die Batterien der Konföderirten zum Schweigen. — Das Heer des Generals Buell ist über Huntsville nach dem Osten von Tennessee marschirt. — General Jackson steht mit einer bedeutenden Streitmacht zu Harrisonburg und Fort Republic. — General Shields hat seine Truppen bei Straßburg konzentrirt. — Fremont rückt nach New-Market vor und man erwartet ein Gefecht im Shenandoah-Thale. — General Poppe hat die Verfolgung Beauregards aufgegeben. — Dem Vernehmen nach wollen die Unionisten jetzt eine Defensivlinie von Korinth nach Memphis bilden und während der Sommermonate im Westen die Defensive nicht ergreifen. — Die Konföderirten zu Richmond erhalten fortwährend Verstärkungen. — Es heißt, der Kriegssekretär der Union werde von den Gouverneuren der verschiedenen Staaten weitere Truppen-Aushebungen verlangen. — Die Unionstruppen haben das von den Konföderirten geräumte Cumberland Gap besetzt. — Zu New-Orleans hat sich nicht viel geändert. Ein Mann, welcher die Unionsflagge vom Münzgebäude herabriß, ward erhängt. — Pierre Soulé ist in Newyork angekommen und im Fort Lafayette untergebracht worden. — Zu Memphis ist ein unionistischer Preßaufseher ernannt worden. Die Schildwachen der Unionstruppen haben den Befehl erhalten, auf einen Jeden zu schießen, der es versucht, die Flagge herunter zu reißen oder unionistisch gesinnte Bürger zu belästigen. 3000 Ballen Baumwolle sind von Memphis verschifft worden. Wie es heißt, verbrennen Guerillaschaaren die Baumwolle in Nord-Mississippi. — Die Konföderirten haben zu Mobile bedeutende Verstärkungen erhalten und machen außerordentliche Anstrengungen, um die Einnahme der Stadt zu verhindern. — Die Unionstruppen zu Key West werden die Truppen vor Charleston verstärken. Die Kanonenboote der Union haben eine Batterie der Konföderirten am White River (Arkansas) nach einem heißen Gefechte genommen. — Beauregard steht mit 80,000 Mann zu Okalona, Kirby Smith mit 20,000 Mann zu Anooga und Van Dorn mit einer kleinen Abtheilung Kavallerie zu Granada. — Einem Berichte M'Clellans von heute Nachmittag zufolge, „ist es heute ziemlich ruhig und es werden nicht so viele Bomben geworfen, wie gewöhnlich. Unsere Rüstungen haben einen guten Fortgang. Der Feind eröffnete gestern ein Feuer aus mehreren schweren Geschützen, fügte uns jedoch keinen Schaden zu. Anderen Depeschen zufolge hat sich vor Richmond außer täglichen kleinen Scharmützeln noch nichts weiter ereignet. — Die Konfiskation des Dampfers „Cirkassian" bestätigt sich. Der Schooner „Mary Stuart Nashua" ward gekapert, während er die Blokade zu brechen suchte. Der Schiffsmannschaft gelang es, an's Ufer zu entkommen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 4. Juli. [17. Sitzung], um 9 Uhr 20 Min. von dem Präsidenten Hrn Grabow mit der Berichtigung eröffnet, daß für den Antrag der Petitions-Kommission wegen Ueberweisung der Beschwerde von Gemeinde-Mitgliedern von Delitzsch in der Gesangbuchsfrage 220, gegen denselben 50 Abgeordnete gestimmt haben. — Am Ministertische: Hr. v. Jagow. — Ueber den Antrag des Abg. Müller, die Regulirung der Oder betreffend, wird auf Antrag des Abg. Wachsmuth eine Schlußberathung im Hause ohne Vorberathung stattfinden. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung des 1. Berichts der Petitions-Kommission und zwar kommt die Beschwerde des Dorfgerichts zu Dürrgoy; der Antrag der Petenten geht dahin: 1) der königl. Staats-Regierung zu erkennen zu geben, daß in dem Erlasse des Regier. Vice-Präsidenten v. Prittwitz vom 26. März d. J. eine widerrechtliche Beeinträchtigung ihrer Wahlfreiheit enthalten sei; 2) Die königl. Staats-Regierung zu ersuchen, dasjenige zu thun, was erforderlich ist, damit in Zukunft Seitens der Regierungsorgane Verletzungen der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit vermieden werden," und diesem Antrage hat sich die Kommission unter Ueberweisung an die Regierung einstimmig angeschlossen. — Der Referent Abg. Simon nimmt zur Einleitung das Wort, im Glauben, daß dadurch der Gegenstand der Verhandlung abgekürzt werden kann. Der Gegenstand sei schon zur Debatte bei Gelegenheit der Adresse gekommen, sei aber nicht zum Abschluß gelangt, weil der Minister des Innern sich nicht entschlossen, ausreichende Auskunft zu ertheilen, oder zu rechter Zeit die Gleichberechtigung des Patriotismus zuzugeben und zu erklären, daß das Benehmen der Behörden nicht richtig gewesen. So sei man denn noch einmal gezwungen, auf den Gegenstand einzugehen, was sonst leicht hätte vermieden werden können. Der Referent resumirt den Gegenstand der Petition und den Gang der verschiedenen Beschwerden der Petenten bei den Behörden, so wie die darauf ertheilten Antworten. Die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit sei, fährt der Referent fort, ohne daß es weiterer Deduktionen bedürfe, zweifellos. Im Allgemeinen habe der Minister des Innern und der Präsident von Prittwitz verlangt, die Beamten sollten, auch gegen ihre Ueberzeugung, sich für die konservative Partei erklären. (Der Minister Hr v. d. Heydt tritt ein.) Das Hereinziehen des königlichen Namens sei zu tadeln; der Herr Minister habe in der Adreßdebatte das Hereinziehen des königlichen Namens bestritten; das sei aber unrichtig und es zeige sich, daß er sich der Tragweite seines Erlasses nicht klar bewußt gewesen sei. Bezüglich der Parteistellung befinde sich das Ministerium in einem sehr gefährlichen Irrthum, wenn es glaube, die Beamten müßten sich der Parteistellung der jeweiligen Minister anschmiegen. Diese Parteistellung sei nicht zu identifiziren mit dem Wesen der Staatsregierung. Der jetzige Wahlerlaß sei keineswegs zu vergleichen mit dem Erlasse des Grafen Schwerin, der streng gesetzlich war. Aber nicht bloß der Hr. Minister des Innern, sondern auch die übrigen Minister hatten sich zu Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit entschlossen. (Referent kritisirt die Erlasse des Kultusministers und namentlich des Kriegsministers, die ungewöhnliche Art und Weise, wie bei den Kontrolversammlungen agitirt worden ist.) Letzteres könne dem Kriegsminister, der leider nicht anwesend, nicht unbekannt geblieben sein; er habe bisher, obgleich interpellirt, noch keine Auskunft gegeben. Allerdings sei es nicht nöthig, daß das Abgeordnetenhaus eine Untersuchungskommission niedersetze, um die einzelnen Soldaten zu vernehmen; es wäre aber eine umständliche materielle Erklärung unter den gegenwärtigen Verhältnissen von großer Wichtigkeit und zeitgemäß, jetzt wo das Haus Geld für die reorganisirte Armee bewilligen soll. Was verstehe denn eigentlich der Herr Minister unter der Bezeichnung „irreleitende Benennung" in seinem Erlasse? Wie sie die Landräthe verstanden, gehe aus den zahlreichen Ordres der schlesischen Landräthe hervor, und das geschieht in Schlesien, wo seit langer Zeit die konstitutionelle Partei sich ausdrücklich die verfassungstreue nennt. Der Minister wende sich an die konservative Partei: echt konservativ sei aber die konstitutionelle, altliberale Partei, während der Herr Minister von der reaktionären Partei sprechen will. Damit habe er dieser Partei einen schlechten Dienst erwiesen, denn sie habe dasselbe Recht in Anspruch zu nehmen, wie jede andere Partei und habe gewiß auch die Provokation von der Hand gewiesen. Der Herr Minister scheine in die Wahlerlasse hineingekommen zu sein, er wisse selbst nicht wie, denn die Breslauer haben ihn ungern als Polizei-Präsidenten scheiden sehen, weil er allen Parteien mit einer gewissen Gentilität ihr Recht werden ließ. Habe denn der Herr Minister von allen Erlassen der Behörden gar keine Kenntniß erhalten? Das sei unmöglich und er hätte gut gethan, dagegen aufzutreten. Der Minister habe sich über die Tragweite seines Erlasses, über die Verläßlichkeit der Behörden im Irrthum befunden. Der Herr Minister habe sich überzeugen können, daß grade in einer liberalen Stadt Recht und Gesetz allein geherrscht haben. Eigentlich müsse man aber dem Minister danken, denn er habe das Volk zum Kampf gezwungen, das Volk habe den Kampf bestanden. Das Rechtsbewußtsein sei verletzt und es müsse in unsern Verfassungszuständen anders werden. (Es sind 12 Redner für den Kommissionsantrag, 4 und darunter die Abgg. v. Vincke und v. Gottberg gegen denselben eingeschrieben. — Der Minister Herr v. Holzbrinck tritt ein.)

Der Minister des Innern kann in dem Erlasse des Präsidenten v. Prittwitz eine widerrechtliche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit nicht zugeben. Der Erlaß könne nicht, wie es geschehen, ausgelegt werden. Die Regierung habe sich bei dem Verlangen, das an die Beamten gestellt, keineswegs im Irrthum befunden. Von den Beamten sei niemals verlangt worden, die Parteistellung der Regierung zu theilen; es sei ihnen nur untersagt worden, an feindseligen Agitationen theilzunehmen, und daran müsse die Regierung festhalten. Jedes ungesetzliche Auftreten der Behörden sei gerügt worden; von den im Berichte aufgeführten Erlassen habe die Regierung keine Kenntniß erhalten. Wo die Behörden zu weit gegangen sind, sei Remedur eingetreten; die Regierung wolle keine ungesetzliche Beeinflussung der Wahlen. Es sei also nicht die Schuld der Regierung, daß diese Debatte noch einmal aufgenommen wird. Die Regierung theile in vollem Maße den Wunsch, daß man einmal mit den Verdächtigungen aufhören möge, aber nach allen Seiten hin; es sei doch bis jetzt Niemand mehr verdächtigt worden, als die jetzige Regierung. — Der Abg. v. Vincke (gegen den Kommissionsantrag): Der Herr Minister habe sich bei der Adreßdebatte auf die Wahlerlasse seines Amtsvorgängers berufen; zwischen diesen und den seinigen herrsche aber ein großer Unterschied. Die Erlasse des vorigen Ministeriums hätten hauptsächlich den Zweck gehabt, durch die Beamten alle Beeinflussung der Wahlen fern zu halten. (Er verliest einige hierauf bezügliche Stellen aus dem Wahlerlaß des Grafen Schwerin.) Es sei nur ein Fehler gewesen, daß das vorige Ministerium das ihm überlieferte reaktionäre Material behalten habe. Dagegen habe das jetzige Ministerium einen von allen Parteien hochgeschätzten Mann, den Polizeipräsidenten v. Winter, entlassen. Der jetzige Herr Minister könne sich also am allerwenigsten mit seinem Vorgänger vergleichen. Was nun die Wahlerlasse der Unterbehörden betreffe, so hätten diese auf den Wahlerlaß des Herrn Ministers allerdings Bezug genommen, aber die beschränkenden Zwischensätze weggelassen. Den Ausführungen der Kommission könne man nicht überall beitreten. Ein Beamter könne an Wahlagitationen nicht theilnehmen, wie andere Staatsbürger. Mit Annahme des Kommissionsantrages übe das Haus eine Thätigkeit aus, welche es von dem Minister des Innern verlange. Damit würde das Haus untergeordneten Behörden die Ehre erweisen, in amtlichen Verkehr mit ihnen zu treten. Es empfehle sich also einfach, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. (Der Graf Itzenplitz ist eingetreten. — Vizepräsident Behrend hat den Vorsitz übernommen.)

Der Abg. Maibauer (für den Kommissionsantrag; das Haus wird sehr unruhig und der Redner ist auf der Journalistentribune im Zusammenhange schwer zu verstehen): Der Herr Minister habe Unrecht gethan, daß er die von ihm in allen Fällen von Mißverständnissen oder Ueberschreitungen verfügte Remedur nicht zu geeigneter Zeit und an geeignetem Orte zur Kenntniß des verletzten Volkes gebracht habe. Mit Schritten, wie die Entlassung des Herrn v. Winter, zeige das Ministerium, daß es von seinen früheren Erklärungen ganz zurücktrete. Es komme darauf an, daß den Wählern Genugthung gegeben werde, und das könne nur durch eine einstimmige Verurtheilung des Wahlerlasses von Seiten des Hauses geschehe. Redner verliest einen Erlaß des Landraths des Schievelbeiner Kreises, worin die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von der Landwehr auch mit unter den Beamten aufgeführt werden, welche sich einer ganz besonders strafbaren Handlung schuldig machen würden, wenn sie in einem regierungsfeindlichen Sinne wählten. Komischer Weise habe der Landrath nachträglich erklärt, das Hineinziehen der Offiziere ꝛc. der Landwehr sei ein Versehen der Stylisirung. Redner geht auf die Ordre, Kolporteure zu verhaften, ein und konstatirt, daß eine erhobene Beschwerde ohne Erfolg geblieben sei. (Hört!) Das Auftreten des Landraths v. d. Reck bei einer Wahlversammlung einem Gutsbesitzer Krüger gegenüber wird erwähnt. Das Ministerium allein sei Schuld an den Ausschreitungen, nicht die Behörden. Man möge den Kommissionsantrag annehmen, in der Ueberzeugung, daß man dadurch das Vertrauen des Landes gewinnen werde, was um so dringlicher sei, als Stürme unzweifelhaft bevorständen. (Herr v. Mühler ist eingetreten.) — Der Abg. Otto weist nach, daß die Wahlerlasse nicht bloß gegen die Demokratie, sondern auch gegen die liberale Partei gerichtet worden, es sei gleichgültig, ob man für das Amendement Vincke oder für den Kommissionsantrag stimme. — Abg. Mellin: Die Wahlagitation habe sich nicht auf einzelne Theile des Landes beschränkt. Sie sei eine wohlorganisirte und allgemeine gewesen. Die Auslassungen des Wahlerlasses des Herrn Ministers des Innern seien auch gar nicht mißverstanden; derselbe sei durch die Erlasse der untergeordneten Behörden nur erläutert worden. Uebrigens lägen auch außer den Wahlerlassen eine Menge Verordnungen der Behörden vor, welche den Zweck gehabt, konservative Wahlen zu erwirken. So habe man z. B. das Hausirreglement gegen die Kolportage von liberalen Flugblättern benutzt. (Das Haus folgt den Einzelheiten des Redners mit getheilter Aufmerksamkeit, die Bänke sind leer.) Die Ausschreitungen von Bataillons-Kommandeuren werden vorgetragen. Redner hofft, daß nach der heute abgegebenen Erklärung des Herrn Ministers mindestens von Verfolgungen Abstand genommen werden wird.

Abg. v. Gottberg (gegen den Kommissionsantrag): Er werde dem Beispiele des Abg. für Stargard nicht folgen, welcher sich gegen den Kommissionsantrag habe einschreiben lassen und durch seine Rede zu dessen eventueller Annahme wesentlich beigetragen habe. Nachdem Redner die von den Vorrednern angestellten Vergleichungen des jetzigen mit dem vorhergegangenen Ministerium kritisirt, kommt er auf den eigentlichen Gegenstand der Diskussion und bedauert, daß die Wahlerlasse abermals so weitläufig zur Sprache kämen, nachdem bei der Adreßdebatte so viel davon die Rede gewesen. Er glaube, daß das Volk im Ganzen eine Verständigung der Landesvertretung mit der Regierung wünsche; eine solche werde aber schwerlich auf dem Wege solcher Debatten, wie die heutige, erzielt. Das Volk werde am Ende glauben, daß die Aeußerung Sr. Majestät in der Beantwortung der Adresse: die Loyalität äußere sich in Thaten, nicht in Worten, doch wohl das Richtige treffe. Auch in Frankreich und Italien, den am meisten demokratischen Staaten, halte man sich von Beeinflussungen der Wahlen nicht frei; nur daß man nicht so unschuldige Mittel brauche, als die Wahlerlasse. Den Vorwurf betreffend, daß man den Namen Sr. Majestät in die Wahlbewegung gebracht, so sei eine besondere Veranlassung dazu da, weil die ganze Richtung durch das Programm von 1858 gegeben. Unser König sei noch ein persönlicher König, keine bloße Abstraktion. Es komme ihm vor, als ob die Fortschrittspartei sich einer besonderen Verfassungstreue rühme. (Ja! Ja! links.) Dann sei zu wünschen, daß diese Partei die Verfassung nicht so amendire, wie es grade den demokratischen Prinzipien passe. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Wahlerlasse keinen Erfolg gehabt haben. Der Terrorismus aber, die Beeinflussungen nach unten, seien gefährlicher, als alle Wahlerlasse; die Beeinflussung nach unten wirke auf der Stelle. (Redner erregt die Heiterkeit der Versammlung, bleibt aber am Schlusse unverständlich.) — Abg. Wachler (für den Kommissionsantrag) will nicht unternehmen, den Vorredner zu widerlegen, der so viel Komisches vorgetragen und so oft die Heiterkeit des Hauses erregt habe, daß damit eigentlich das Urtheil gesprochen. Der heutige Gegenstand sei ein Zwischengericht, die Hauptsache werde kommen und die Thaten werden folgen. Die Minister seien von ihren Sitzen augenblicklich verschwunden (der Minister v. Jagow tritt ein), und da sei keine Verständigung möglich. (Heiterkeit.) Die Petition sei aus seinem Wahlkreise, Petenten seien zwar schlichte Landleute, aber sie seien sich ihrer politischen Rechte bewußt; sie seien nicht bloß königstreue sondern auch verfassungstreue Patrioten, und ihrer Richtung folgten Tausende. Zur Zeit der Wahl sei der gegenwärtige Polizeipräsident in Breslau Wahlkommissar und Kandidat der regierungsfreundlichen Partei gewesen. Als Verwaltungsbeamter tüchtig und von aller Welt geachtet, habe er sich doch bei den Wahlen Ueberschreitungen zu Schulden kommen lassen; wie dies aus seiner Ansprache hervorgehe. Wenn die „Kreuzzeitung" bei Anträgen, die ihr nicht gefallen, sagt: Wer ist Wachler? Natürlich ein Kreisrichter — das Tollste, was man sein kann! (Heiterkeit), dann kommt man dazu, daß, wenn man in einen Gerichtshof eintritt, die Männer, welche entgegengesetzter politischer Meinung sind, sagen: „Da kommt der Demagoge, der große Opponent, der Volksverführer". Ja, und das könne doch den davon Betroffenen nicht gleichgültig sein. Mit Annahme des Kommissionsantrages nehme man den rechten Fleck in Angriff. Im Bericht hätte eigentlich der Punkt berührt werden können, der sich auf die Uebergriffe von oben bezieht zum Gegensatze von den Uebergriffen von unten; von unten kommt aber die Agitation erst dann, wenn sie von oben angeregt wird. Es sei der schwerste Vorwurf, den man einer Regierung machen könne, daß sie das Fraktionswesen befördere, damit grabe sie sich auch selbst das Grab. Bei uns seien Ausschreitungen von unten, Gott sei Dank, nicht vorgekommen; das Volk verlangt sein Recht auf gesetzlichem Wege. Parteikämpfe müssen existiren, sonst brauchte man keine Wahlerlasse. Den Parteikämpfen müsse man aber die richtige Bahn zeigen, der Kampf sei ein geistiger, hier dürfe man also nicht mit Verdächtigungen kämpfen und der werde an's Ziel kommen, welcher auf dem Boden des Gesetzes steht. Man müsse der Stimme der öffentlichen Meinung Gehör geben. (Bravo!)

Abg. Graf Schwerin: In der Debatte sei mehr als ihm lieb ist, von ihm gesprochen worden; er müsse sich aber diese Kritik gefallen lassen und wolle keine Rede pro domo halten. Seine Wahlerlasse gehörten einer vorübergegangenen Zeit an und es könne auf seine Intentionen nicht mehr ankommen. Seine Stellung sei klar gezeichnet gewesen und habe in den Wahlerlassen einen ganz präcisen Ausdruck gefunden. Er befinde sich durchaus nicht im Einverständniß mit der jetzigen Regierung und mit dem Verhalten der Beamten bei den Wahlen. Diese Wahlerlasse seien ein politischer Fehler. Die Frage, ob Polizeistaat oder Rechtsstaat, ob Präventionen oder Repression sei wieder angeregt. Die Zeiten der Bevormundung aber, wie die Regierung dies versucht, sind vorüber. Auch auf dem Gebiete der Presse kann sie nicht mehr die Prävention aufrecht erhalten. Das muß sich die Regierung klar machen, wenn sie Frieden mit dem Volke halten will. (Bravo!) Die Ueberschreitungen bei dem Wahlerlasse sind nach beiden Seiten hin vorgekommen; er habe gegen einen Kreissekretär einschreiten müssen, der gegen die Junkerpartei mit Hohn angekämpft. „Ich will die Verfassung mit allen ihren Konsequenzen, aber so wie sie in Preußen durchführbar ist; für alle Parteien giebt es nur ein Recht in Preußen." (Bravo!) — Abg. Dr. Frese führt Beispiele der Wahlbeeinflussung aus dem Kreise Minden an. (Wegen einer Aeußerung über den Empfang der Deputation wird er von dem Präsidenten daran erinnert, daß die Person Sr. Majestät in die Debatte nicht zu mischen sei.) Redner erklärt, daß er nur habe sagen wollen, der Empfang habe bewiesen, daß Se. Majestät von anderer Seite her andere Berichte über die

Wahlen empfangen habe, als solche, deren Annahme das Haus zu erwarten berechtigt sei Auf die Sache selbst eingehend, müsse er bemerken, daß es zunächst eine Sache der Menschlichkeit sei, die Freiheit der Wahlen aufrecht zu erhalten. Das Ministerium habe neben der Königstreue den Begriff der „Ministertreue" einführen wollen; das sei ganz neu. Man habe so viel von der Freundlichkeit des gegenwärtigen Ministeriums gegen die Fortschrittspartei gesprochen und namentlich sei der Herr Finanzminister von einer Süßigkeit, daß Einem fast unheimlich dabei wird. Man gäbe freundliche Erklärungen, aber das Ministerium hüte sich, solche legal zu formuliren. Die Parteistellung des Ministers des Innern sei hinlänglich charakterisirt durch die Entlassung Winters und die Pläne über die Organisation einer konservativen Presse u. s. w., von welcher man spreche. — Ein Antrag auf Schluß ist gestellt, der Schluß aber abgelehnt. — Der Abg v. Bentkowski bringt Zustände in der Provinz Posen vom politischen Standpunkt aus zur Sprache. Man habe im Großherzogthum die Nationalitäten gegeneinander gehetzt. Uebrigens habe er nicht geglaubt, daß bei Anlaß der Petition der Gerichtsleute von Dürrgoy alle möglichen Wahlbeschwerden zur Sprache kommen dürfen.

Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß der zweite Theil des Kommissionsantrags ihn veranlaßt habe, die Debatte durchaus nicht auf den konkreten Fall zu beschränken. — Abg Frhr. v. Hoverbeck geht auf die Erlasse des Oberpräsidenten der Provinz Preußen und die daran sich knüpfenden Erlasse der Unterbehörden ein. Was den Wahlerlaß des Herrn v. Kamptz betreffe, so habe er im Verein mit seinem Kollegen Forkenbeck gegen Herrn v. Kamptz Klage erhoben. Er kenne das Resultat noch nicht, höre aber, daß der Kompetenzkonflikt erhoben worden. Redner verliest verschiedene Erlasse, kommt aber immer wieder auf Herrn v. Kamptz zurück, begiebt sich von dem weltlichen auf das geistliche Gebiet, den Erlaß des General-Superintendenten Moll; dann kommen die tapferen Thaten des Herrn v. Schmeling. Wichtiger als das Einwirken der Oberbehörden sei für das Volk das Auftreten der Landräthe. Redner verliest Erlasse der Landräthe von Rastenburg, Marienburg, Goldap und tadelt den Mißbrauch des amtlichen Rubrums. Bei dem Verlesen des Erlasses des Landraths v. Schrötter in Goldap, worin er sagt, daß wenn das so fortgehe, werde unsern Kindern Jesus Christus nicht mehr als Heiland, sondern als Gauner und Betrüger vorgeführt werden, fragt der Abg. Parrisius: Wie heißt der Mann? Der Redner: Landrath Freiherr v. Schrötter in Goldap. Dann kommt der Landrath v. Brauchitsch an die Reihe. Es ergebe sich hieraus, mit welcher Konsequenz und in welchem Umfange die Wahlagitationen in Preußen verfolgt worden seien.

Der Minister des Innern: Es sei ihm von allen diesen hier vorgelesenen Erlassen nichts bekannt geworden. Der Wahlerlaß vom 22. März werde ihn nicht hindern, gegen die Ausschreitungen dieser Erlasse Remedur zu treffen. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. (Der Graf zur Lippe ist eingetreten.) — Der Abg. Virchow: Nach der Erklärung des Herrn Ministers darf man hoffen, daß die heutige Debatte doch nicht ohne Erfolg bleiben werde. Er müsse noch den Gefühlen der sittlichen Entrüstung Ausdruck geben, welche sich geltend machten, als die Regierung ihren Einfluß auf Kreise ausdehnen wollte, welche außerhalb derselben stehen sollten. Der Protest der Universität sei dem Protest der kleinen Dorfgemeinde gefolgt. Vom Standpunkt des Selfgovernments begreife er nicht, wie die Regierung ihren Wahleinfluß bei einer Kommunalbehörde geltend machen wolle. Wundern müsse er sich noch, daß der gouvernementale Apparat nicht ausgereicht habe, um von Ausschreitungen Kenntniß zu erlangen, gegen welche man jetzt Remedur verlange. Man sehe die Gefahr der Einführung des französischen Präfektenthums vor Augen, und darum protestire man. Der Eid der Treue gegen den König finde nicht allein im Gehorsam seine Erfüllung, sondern auch darin, daß der Mann zu rechter Zeit seine Stimme erhebe. Man setze durch das Verlangen der Regierung den Beamten in die schlimmste Position, und grade von diesem Gesichtspunkte aus sei die Petition ganz besonders bemerkenswerth. Der Protest des Grafen Schwerin sei erfreulich, aber sein Standpunkt zu den extremen Parteien habe zur Verschlechterung der Lage beigetragen. Der Graf habe nicht immer der extremen Partei so fern gestanden, wie heute. Die Fortschrittspartei sei nur in dem Sinne eine extreme, als keine da sei, welche über sie hinausgeht. Einer solchen extremen Partei habe auch der Abg. von Anklam einst angehört. Es gebe noch extremere Parteien als die Fortschrittspartei, die grade habe hindern wollen, daß sich extremere Parteien bildeten. Wie lange das gelingen wird, müsse der Zukunft vorbehalten bleiben. Die Fortschrittspartei will den Ausbau der Verfassung und darum hält sie sich für überwiegend verfassungstreu. Der Vice-Präsident v. Prittwitz stehe so sehr unter dem Hause, daß es nicht der Mühe werth sei, sich mit ihm besonders zu befassen, darum erkläre er sich gegen den ersten Passus des Kommissionsantrages.— Abg. Schulze (Berlin): Es sei von einem Einfluß von unten die Rede gewesen, darunter könne er nichts weiter verstehen, als die gerechtfertigte Selbsthülfe. Hier liege übrigens ein konkreter Fall vor, und man müsse die Gelegenheit benutzen zu konstatiren, daß mehr und mehr die Absonderung gegen das verfassungsmäßige Leben in gewissen Schichten der Bevölkerung schwinde. Wenn selbst bei den Beamten es sich zu regen anfängt, so müsse etwas faul sein im Staate Dänemark. Die selbständige Regung unter den Beamten sei mit Freuden zu begrüßen. Der Beamte dürfe keine Politik in seine Amtsthätigkeit übertragen, aber Politik als Staatsbürger treiben, das könne ihm nicht verwehrt sein Er solle allein sein Amt nicht zum politischen Treiben mißbrauchen. Eine Meinungsverschiedenheit über den Gegenstand herrsche unter den liberalen Abgeordneten nicht, man könne also entweder den Kommissionsantrag oder das Amendement Vincke, eines von beiden aber mit großer Majorität, annehmen. Damit sichern wir uns ein sehr beachtenswerthes, sehr konservatives Element, denn Beamten treten als vollberechtigtes Glied im Staat ein; und jemehr dies bewirkt wird, desto mehr verliert die Reaktion ihren letzten Hebel — ein frischer Hauch müsse nur erst die Amtsstuben durchwehen. Dem Ministerium müsse man für seine Erlasse danken.

Ein erneuerter Antrag auf Schluß wird angenommen. — Zu persönlichen Bemerkungen nehmen das Wort der Abg. v. Vincke: Er habe noch niemals den Schwerpunkt der Krone in die jetzigen Räthe derselben gelegt; das würde eine Beleidigung der Krone sein. — Der Abg. Graf Schwerin: Er greife die Fortschrittspartei nicht als extreme Partei an, sondern weil ihre Grundsätze ihm nicht gefallen. Er hält die Gründung der deutschen Fortschrittspartei ebenfalls für einen politischen Fehler. Wenn er einmal Jemanden als Abgeordneten anempfohlen, so sei dies von ihm als Privatmann in einer Antwort auf eine geschehene Anfrage geschehen. Es sei viel besser, es würden Abgeordnete gewählt, welche in ihren Kreisen das allgemeine Vertrauen genießen, als wenn von einer auswärtigen Partei unbekannte Männer empfohlen würden. (Bravo rechts!) — Nach wenigen Worten des Referenten wird das Amendement v. Vincke abgelehnt; Nr. 1 des Kommissions-Antrages mit großer Majorität angenommen und ebenso Nr. 2. Dagegen stimmen nur die Katholiken und die Fraktion Vincke. — Drei Petitionen von den 57, über welche nicht speziell berichtet ist, werden an die Kommission zur Erörterung zurückgewiesen. — Der Abg. Stavenhagen: Unter diesen 57 Petitionen befinden sich 5, in welchen Invaliden um Unterstützung bitten. Trotz der sehr berechtigten Wünsche der Petenten seien ihre Anträge doch formell nicht begründet. Bei der jetzt eingeführten Behandlung der Petitionen werde das Haus keine Klagen mehr von Invaliden hören; man möge aber deshalb nicht glauben, daß die Lage der Invaliden besser geworden sei.—Nachdem über die Auslegung des §. 20 der neuen Geschäftsordnung sich eine kurze Diskussion entsponnen, an welcher sich die Abgg. v. Rosenberg-Lipinski, Osterrath, der Vizepräsident Behrend und Kühne betheiligen, wird ein Antrag auf Vertagung gestellt, unterstützt und angenommen. — Der Vizepräsident Behrend, welchem der an einem gastrischen Leiden erkrankte Präsident Grabow die Leitung der Geschäfte übertragen hat, beraumt die nächste Sitzung auf morgen um 10 Uhr zur Erledigung der heutigen Tages-Ordnung an. — Schluß der heutigen Sitzung 2 Uhr 35 Minuten. — Die Tribünen waren von Anfang bis zu Ende der Sitzung in allen ihren Räumen gefüllt.

— Der Abg. v. Hoverbeck hat in der Kommission folgende Resolution gestellt: Das Haus der Abgeordneten hält es für nothwendig, beim Eingange in die Berathung des Militärbudgets zu erklären: 1) daß, nachdem die Bewilligung außerordentlicher Mittel behufs erhöheter Kriegsbereitschaft mit dem 1. Januar 1862 ihr Ende erreicht, und da letztere gegenwärtig auch nicht als erforderlich erachtet wird, ein legaler Zustand der Organisation des Heeres nur durch Zurückgehen auf den ordentlichen Etat des Jahres 1859 gewonnen werden kann; 2) daß demgemäß das Haus die Mehrforderung der Staatsregierung, soweit nicht rechtliche Verpflichtungen des Saates eine Mehrausgabe bedingen, unter den obwaltenden Umständen abzulehnen sich für verpflichtet hält; 3) daß dasselbe jedoch bereit ist, auch noch über den eben erwähnten Betrag hinaus, soweit überhaupt die finanziellen Verhältnisse des Landes dies gestatten, behufs Durchführung einer erhöhten Rekrutirung eine Mehrbewilligung auszusprechen, wofern vorher: a) die 2jährige Präsenz der Infanterie bei den Fahnen, b) die 3jährige Reservezeit derselben, c) die volle Aufrechterhaltung resp. Wiederherstellung der ursprünglichen Stellung der Landwehr durch ein besonderes Gesetz festgestellt wird, d) daß endlich das Haus seine Mitwirkung dazu bieten wird, wenn die Staatsregierung zur Zurückführung des jetzt faktisch bestehenden Zustandes der Heeresorganisation entweder auf den des Jahres 1859 oder auf einen durch das etwa neu erwirkte Gesetz begründeten, so wie Behufs Deckung der im Jahre 1862 bereits verwendeten Mehrausgaben eine einmalige Bewilligung der dazu nothwendigen Geldmittel beantragen soll. (Für diese Resolution sollen nach der „K. Z." etwa 100 Mitglieder der Fortschrittspartei gewonnen sein.)

— Bei Gelegenheit der Berathung einer Petition der Stadt Bielefeld in der Kommission für das Gemeindewesen erklärte der Kommissar des Ministeriums des Innern, daß die Regierung in der nächsten Session den Entwurf einer Städteordnung für die ganze Monarchie wieder einzubringen beabsichtige und zwar mit Aufrechthaltung der Prinzipien des vorigen Entwurfs. — Der Vorstand der Fraktion Bockum-Dolffs ist mit dem Vorstand der Fortschrittspartei in Unterhandlung über die Modalitäten einer gemeinsamen Vorberathung der Militärfrage getreten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. Juli. [Gerichtsverhandlung.] Vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts wurden gestern zwei Prozeßsachen von allgemeinerem Interesse verhandelt. Die erste betraf den Propst Bogusiewicz auf Dorf Ostrowo und den Propst Trepinski auf Stawie; beide waren angeklagt, ohne polizeiliche Erlaubniß Prozessionen veranstaltet zu haben, die nicht „herkömmlich" waren. Das Kreisgericht in Wreschen hatte in erster Instanz den Propst B. schuldig befunden und in eine Geldstrafe von 10 Thlr. verurtheilt, den Propst T. dagegen freigesprochen. Gegen dieses Erkenntniß hatte die Staatsanwaltschaft appellirt. In der gestrigen Verhandlung ließ sich nun Propst B. durch den Rechtsanwalt Janecki vertheidigen. T. vertheidigte sich selbst in polnischer Sprache. Die Staatsanwaltschaft beantragte für B. drei Monate Gefängniß, für T. eine Geldstrafe. Der Anwalt trug auf Freisprechung beider an, indem er nachzuweisen suchte, wie mißlich es sei festzustellen, ob eine Prozession in hergebrachter Weise stattfinde oder nicht, worauf doch die ganze Entscheidung erster Instanz beruhe. Der Kriminalsenat bestätigte das Erkenntniß gegen B. und verurtheilte T. wegen Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungsrecht in eine Geldstrafe von 5 Thlr. Die zweite Sache betraf den Dekan Kocinski in Kozmin, den das Kreisgericht in Krotoschin wegen einer am 17. November in der Kirche gehaltenen Wahlrede auf Grund des §. 100 des St. G. B. wegen Störung des öffentlichen Friedens in eine Geldstrafe von 50 Thlr. verurtheilt hatte. Gegen dieses Erkenntniß hatte die königl. Staatsanwaltschaft sowohl, als auch der Angeklagte appellirt. Auch der Letztere wurde von Janecki vertreten, und von Strafe und Kosten freigesprochen.

— Der Krakauer „Czas" erwähnt eines Gerüchts, wonach in Warschau die Absicht bestehe, die Herren Dr. Libelt und Nestor v. Kojzutski auf Lehrstühle der dortigen Universität zu berufen.

— Dasselbe Blatt erklärt sich gegen die Posener Wettrennen, weil sie keinen anderen Zweck hätten, als einzelne Gutsbesitzer zu ruiniren, und auch der Landestrauer nicht entsprächen.

— [Diebstähle.] Vergangene Nacht zwischen 10 und 11 Uhr bemerkte der Nachtwächter H. ein Geräusch in der von dem Instrumentenhändler L. für den Jahrmarkt aufgestellten Bude, fand die Thüre gewaltsam erbrochen und in derselben den bekannten Dieb W. mit Einpacken beschäftigt. Der W., in dessen Taschen verschiedene Diebeswerkzeuge, so wie ein Theil der entwendeten Sachen vorgefunden wurden, hatte bereits 3 Kistchen mit Darmsaiten, Violin- und Cellobögen, Klarinettenschnäbeln rc. entwendet und auf der Wasserstraße in Verwahrung gebracht, bekannte auch sehr naiv: die von ihm ergriffenen Gegenstände seien ihm so werthlos erschienen, daß er für seine enorme Mühe beim Erbrechen der Bude sich doch wenigstens durch eine gute Geige habe entschädigen wollen, weshalb er den zweiten Angriff unternahm, welcher so unglücklich mit seiner Verhaftung endete. Merkwürdig ist übrigens der Umstand, daß die von den Nachtwächtern in einer Nische vorgefundenen 3 Kästchen völlig geleert waren, so daß zu vermuthen steht, ein Gewerbsgenosse des W. habe denselben beobachtet und sich die Kastanien, welche W. aus dem Feuer geholt, zugeeignet.

Empfindliche Strafe erlitt eine Schlafstellengeberin auf der Fischerei, welche eine wegen Diebstahls verfolgte Frauensperson den Nachforschungen der Polizei durch längere Zeit zu entziehen wußte, dadurch, daß ihr Schützling, gestern von ihrer zuvorkommenden Wirthin in der Wohnung allein gelassen, aus Dankbarkeit für die gastfreie Aufnahme und das schützende Asyl sich unter Mitnahme einer großen Menge jener gehörenden Kleidungsstücke und Wäsche ohne Abschied entfernte.

< Lissa, 4. Juli. [Eisenbahnkonferenz; Prozessualisches; Haltesignal; Kuriosum.] Auf Einladung des hiesigen Magistrats hatte sich hier gestern eine größere Anzahl von Interessenten und Vertretern der Kreise Krotoschin, Adelnau und Pleschen versammelt, um von Neuem das Projekt zum Bau einer Eisenbahn von Lissa nach Kalisch und deren Fortführung vom letzteren Orte zum Anschluß an die Warschau-Wiener Bahn aufzunehmen. Außer den Landräthen der genannten drei Kreise hatten sich der Vertreter des Turn- und Taxischen Rentkammer-Vorstandes, Herr Czekonski, Rechtsanwalt Kubale (Stadt Krotoschin), ferner die Rittergutsbesitzer Buttel auf Wykowo, v. Lipski auf Lewkow, Burchardt auf Radokowo aus dem Kreise Adelnau; die Herren Rittergutsbesitzer Oberlandsgerichts-Rath a. D. Mollard auf Góra, Graf Alfons v. Taczanowski auf Taczanow und Hauptmann v. Stiegler auf Sobotka (Kreis Pleschen); ferner die Herren Geh. Kommerzienrath Lehfeldt und Eisenbahndirektor Lehmann aus Glogau hier eingefunden. Die hiesige Stadt war durch den Oberbürgermeister Weigelt, den Stadtverordneten-Vorsteher Rechtsanwalt Holte und den Banquier Simon Levy vertreten. Die Versammelten konstituirten sich zu einem Komité, hielten hierauf ihre erste Konferenzberathung und beschlossen, das Komité demnächst noch durch Zuziehung anderer einflußreicher Personen und Notabilitäten zu verstärken. Einen specielleren Bericht über das in Berathung gezogene Projekt behalte ich mir für die nächsten Tage vor. — Bekanntlich hatte die Berliner Diskontogesellschaft gegen den Fürsten Sulkowski auf Reisen einen Entschädigungsprozeß angestrengt. Das Objekt der eingeklagten Entschädigungsforderung beträgt nicht weniger als 150,000 Thlr. Nachdem die Kläger in den zwei ersten Instanzen mit ihren Ansprüchen zurückgewiesen worden waren, traf gestern auf telegraphischem Wege die Benachrichtigung ein, daß auch das K. Obertribunal in letzter Instanz zu Gunsten des Verklagten entschieden habe. Der Fürst empfing die Nachricht auf dem hiesigen Bahnhofe gestern Abend bei seiner Durchreise und wußte seine freudige Ueberraschung über die erhaltene Mittheilung nicht laut genug zu äußern. — Seit einigen Tagen wird allen ankommenden Zügen vor ihrer Einfahrt auf dem hiesigen Bahnhofe das Haltesignal gegeben und sie dürfen erst dann einfahren, wenn der Stationsvorstand oder dessen Vertreter sich von der richtigen Stellung der Weichen überzeugt haben. So anerkennenswerth diese Vorsicht ist, so kann sie gleichwohl nicht ohne Störung für das reisende Publikum bleiben, insbesondere am Abend, wo die Breslauer und Posener Personenzüge fast gleichzeitig ankommen. — In der heutigen Nummer des Fraustädter Kreisblattes findet sich folgende kuriose Warnung: „Ich habe an dem Fensterladen meines Studirzimmers eine Vorrichtung anbringen lassen, welche sich dem sehr unangenehm fühlbar machen wird, der es versuchen sollte, mir zum dritten Male in der Nacht durch den Laden hindurch die Scheiben einzustoßen. Dr. Metzig."

r Wollstein, 3. Juli. [Wallfahrt; Firmung; Gutsverkauf.] Die Betheiligung an der alljährlich am 2. Juli (Mariä Heimsuchung) stattbabenden Wallfahrt nach dem Gnadenbilde im nahen Fehlen war diesmal eine überaus rege und zahlreiche. 4 bis 5000 Wallfahrer, zum Theil aus fernen Gegenden trafen in dem in der katholischen Welt sehr berühmten Wallfahrtsorte ein. Man sah durch den hiesigen Ort polnische Gräfinnen in Gesellschaft von Dienstboten zu Fuße, unter Absingung religiöser Lieder, nach Fehlen pilgern. Diese außergewöhnliche Betheiligung geschah, weil es bekannt wurde, daß diesmal der Weihbischof Stefanowicz aus Posen ebenfalls eintreffen würde um die Firmung vorzunehmen. Der Weihbischof traf schon am Dienstag Nachmittag in Begleitung des Domherrn Niszczewski aus Posen in dem mit Ehrenpforten gezierten Altkloster ein und wurde von der dortigen Kirche aus von mehr als 30 Geistlichen und einer unübersehbaren Menschenmenge, noch am Nachmittage nach dem im festlichen Schmucke prangenden ½ Meile entfernten Fehlen geleitet. In der dortigen Kirche celebrirte hierauf der Weihbischof die Vesper und der Probst Kurowski aus Kaminiec hielt eine Predigt in polnischer Sprache, in der er die Anwesenden über den Ursprung der Wallfahrt nach Fehlen und über die Bedeutung der vorzunehmenden Firmung belehrte. Am eigentlichen Festtage, am Mittwoch, hielt Domherr Niszczewski die Frühmesse, der Weihbischof celebrirte das Hochamt und die Pröbste Wrzesinski aus Parzęczewo und Jurek aus Golunice hielten Predigten in polnischer und deutscher Sprache, worauf die Firmung durch den Weihbischof unter Assistenz zweier Geistlicher erfolgte. Trotz des Zusammenflusses einer bedeutenden Menschenmenge in nicht sehr weiten Räumen verlief die Feier ohne die geringste Störung in bester Ordnung. Das Diner nahmen sämmtliche Geistliche beim Probst Kluk in Altkloster ein. — In diesen Tagen ist das dem Herrn v. Knobelsdorf in Krossen gehörige Rittergut Obra (½ Meile von hier) für den Kaufpreis von 127,000 Thlr. an das Banquierhaus v. Wallenberg in Breslau übergegangen.

E Exin, 3. Juli. [Fälschung; Einführung; Preis.] Am Sonntage wurde durch einen Polizeikommissar aus Bromberg hier der ältere Sohn der Kaufmannsfrau Majewska verhaftet und auch sogleich nach Bromberg mitgenommen, weil derselbe gefälschte Coupons ausgegeben hatte. Namentlich war dies von ihm in Bromberg mit nicht geringer Dreistigkeit getrieben worden, und obgleich er mit solchen Papieren dort ihrer Verdächtigkeit wegen schon von Personen zurückgewiesen worden war, hatte er doch nicht davon abgelassen. Ein hier ebenfalls wohnhafter dabei betheiligter Brenner, der eben der Fälscher sein soll, hat sogleich die Flucht ergriffen, als er von der Verhaftung des Majewski hörte, und hat daher auch bis jetzt noch nicht verhaftet werden können. — Heute ist der für den neugebildeten Kirchenkreis Schubin, der die fünf Pfarren desselben landräthlichen Kreises umfaßt, zum Superintendenten ernannte Prediger Plath zu Schubin vom Generalsuperintendenten Kranz aus Posen in sein Amt eingeführt worden. Die Pfarren Schubin, Labischin, Znin und Bartschin gehörten früher zum Kirchenkreise Bromberg, Exin wieder zu Lobsens. Die in Aussicht stehende Erhebung der Labischiner Filialpfarre Rynarzewo zu einer selbständigen Parochie, wie auch die wegen Mangel an Mitteln bisher noch nicht ausgeführte Abzweigung der Netzeortschaften der Pfarre Exin zu einem besondern Kirchspiel Kowalewko werden seiner Zeit die Pfarren dieses neuen Kirchenkreises vermehren. — Mit Kartoffeln sind die Märkte noch immer stark befahren, daher der Preis derselben über 16 Sgr. nicht hinausgeht. In Nakel blieben am letzten Wochenmarkttage zehn Fuhren voll unverkauft, da sich Niemand zu dem verlangten Preise von 17 Sgr. verstehen wollte.

Landwirthschaftliches.

y Kreis Obornik. Polajewo. — [Separations- und Regulirungssachen.] Ein Uebelstand, der jetzt unter den Bewohnern der zum Amt Polajewo gehörigen Ortschaften viel böses Blut macht, ist der, daß in Separationssachen noch immer zu wenig geschehen ist. Man müßte doch billigerweise verlangen, daß, wo Fiskus mit Partei ist und die Regulirung der bäuerlichen Wirthschaften schon seit länger als 30 Jahren im Gange ist, endlich eine Abwicklung erfolgte. Aber in manchen Ortschaften ist man jetzt nicht weiter, als vor 30 Jahren. In Krosin ist die Separation schon seit länger als 25 Jahren erfolgt; jeder Bauer bekam damals seine Morgenzahl und für die fiskalischen Zulagestücke wurde damals eine vorläufige Rente festgesetzt. Jetzt, nachdem manche Wirthschaften bereits in die zweite und dritte Hand übergegangen sind, oder bei Erbschaftstheilungen das Gericht in gutem Glauben, die Wirthschaft gehöre ganz und gar den Erben eigenthümlich, eine dem Werthe angemessene Taxe aufgenommen und so eine Auszahlung der Erbschaftsantheile durchgeführt hat, nun sollen die Leute auf einmal dem Fiskus die „Zulagestücke" abkaufen und zwar nicht nach einem Werthe, wie ihn der Boden vor 30 Jahren in hiesiger Gegend hatte, sondern nach dem jetzigen Werthe. Natürlich weigern sich die Leute; da droht ihnen der Fiskus die Zulagestücke wieder abzunehmen, d. h. von den verschiedenen Ackerplänen von 40 — 60 — 80 Morgen immer Streifen von 10—15 — 20 Morgen abzuschneiden. — Kaum glaublich — aber wahr! — Hoffentlich werden die Bauern auf gerichtlichem Wege bessere Bedingungen sich erstreiten! Aber, wenn dies auch der Fall ist, so ist immerhin zu bedauern, daß durch ein solches Verfahren das Vertrauen der Kreiseinsassen zur Behörde sehr geschmälert wird. Gewiß ist es unbillig, für den Boden den jetzigen Werth zu verlangen, nachdem die Leute durch 30 Jahre ihren Schweiß und ihre Mühe an ihn verwendet haben. — Sollen sie jetzt aus ihren Wirthschaften arm herausgehen? Und das müssen die Meisten, wenn der Fiskus mit seinen Forderungen durchdringt.

Ein Bauer hat vor 4 Jahren eine Wirthschaft von 60 Morgen bei der Erbschaftstheilung übernommen; gerichtlich wurde sie abgeschätzt auf 1800 Thlr., und da 600 Thlr. Schulden darauf waren, so hatte er den beiden andern Geschwistern 800 Thlr. auszuzahlen, die nun als Schulden zu obigen 600 Thlrn. hinzukamen. Jetzt hat der unglückliche Mann vielleicht ein „Zulagestück" von 15 Morgen, wofür er mindestens 450 Thlr. zahlen müßte — natürlich wird er dann aus seiner Wirthschaft herausgehen müssen, da seine Geschwister sich kaum dazu verstehen werden, den betreffenden Antheil der 450 Thlr. mitzubezahlen. — Noch anders ist das Verhältniß bei denen, welche in den letzten Jahren auf Grund der „Hypothek" glaubten, eine Wirthschaft als Eigenthum erkauft zu

haben, und nun sollen sie ein Drittel oder Viertel der Wirthschaft noch einmal bezahlen. — Es wäre zu wünschen, daß von Seiten der Domänenverwaltung billigere Bedingungen gemacht würden, zumal in diesem Falle, da Krosin das einzige Dorf des ganzen Amtes ist, wo sich nur Polen noch in ihren Wirthschaften erhalten haben, bis auf eine, die im vorigen Jahre in deutsche Hände übergegangen ist. — Durch die dargelegten Verhältnisse werden viele Deutsche abgehalten, sich dort anzukaufen, da sie doch nicht wissen, was sie einst „Mein" werden nennen dürfen, und vorläufig nicht abzusehen ist, wann diese zerfahrenen Verhältnisse ihre endgültige Lösung finden werden. Ich hoffe Ihnen noch ähnliche Dinge aus dem hiesigen Amte mittheilen zu können; vielleicht dient dies Herbeiziehen an die Oeffentlichkeit dazu, um die Aufmerksamkeit derer zu erregen, die dazu beitragen können, diesen Uebelständen abzuhelfen. — Bei vielen Terminen, die Fiskus in den früheren Jahren im Amte Polajewo mit den Eingesessenen hatte, war sehr oft Rentmeister F. Vertreter des Fiskus. Diese Termine endeten sehr oft damit, daß der Vertreter erklärte: „er habe keine Instruktionen." Die Folge davon war, daß die Sache verschleppt und nach halben Jahren neue Termine angesetzt wurden. Es wäre interessant zu berechnen, was Fiskus in so manchen Sachen an seine Vertreter Diaten und Gerichtskosten bezahlt hat und die Gemeinden durch das Wahrnehmen der Termine an Zeit und Arbeitskraft verloren haben, es käme gewiß vielfach die doppelte und dreifache Summe des Werthes heraus, den das Streitobjekt hat.

Redaktions-Korrespondenz.

Das öftere Ausbleiben unserer in Berlin rechtzeitig aufgegebenen Börsentelegramme hat uns bereits zu einer Beschwerde bei der k. Telegraphendirektion veranlaßt, von der wir demnächst Abhülfe erwarten. Wir zeigen dies unsern Lesern aus dem Kaufmannsstande mit dem Bemerken an, daß, wenn wir uns hierin täuschen sollten, weitere Schritte folgen werden, um das rechtzeitige Eintreffen der Telegramme zu sichern.

Angekommene Fremde.

Vom 5. Juli.

SCHWARZER ADLER. Lieutenant und Gutsbesitzer Hempel aus Kornatyforst, Wirthschafts-Inspektor v. Prądzyński aus Kobylepole und Rittergutsbesitzer Gunow aus Dorf Schokken.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Below aus Luisenthal, Frau Rittergutsbesitzer v. d. Brinken aus Kurland, Administrator Zander aus Prenzlau, Fabrikbesitzer Trinkkeller aus St. Gallen, Partikulier v. Oertzen aus Nauen, Künstlerin Fräulein Göthe und die Kaufleute Sommerfeld aus Berlin, Tilenius aus Arnheim und Löschhorn aus Breslau, Hotelbesitzer Lundbladt aus Ystadt und Frau Gutsbesitzer v. Goscimska aus Mościejewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Sanitätsrath Dr. Zelasko nebst Frau aus Kowanowko, Justizrath und Rittergutsbesitzer Brachvogel nebst Frau aus Battrow, die Kaufleule Röstel aus Stettin, Raußnitz aus Berlin, Großmann aus Leipzig und Schwarzkopf aus Magdeburg, Apotheker Just aus Filehne und Inspektionsbeamter Amerlan aus Schwedt.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Gutsbesitzer Wendt aus Sczepankowo, Schiffsbaumeister Schönburg aus Vörda, die Kaufleute Ernst aus Berlin, Hiller aus Breslau und Waldauer aus Leipzig.

HOTEL DU NORD. Kaufmann Schlieper aus Stettin, Probst v. Breański aus Tarnowo und Gutsbesitzer v. Zakrzewski aus Żabno.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Krause aus Mainz und Lesicki aus Trzemeszno, die Gutsbesitzer Grunwald aus Dworzysk, Zimmermann und Inspektor Ulrich aus Hanau.

BAZAR. Frau Gutsbesitzer v. Swinarska aus Kruszewo, die Gutsbesitzer Graf Mycielski aus Chociszewo, Graf Bniński aus Karna, Szołdrzyński aus Lubasz, v. Dąbrowski und v. Zawadzki aus Polen.

HOTEL DE PARIS. Probst Gruner aus Breslau, Domherr Dorszewski aus Gnesen und Kaufmann Müller aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Baron v. Raitzenstein aus Rabowiec, Hauptmann a. D. Toporowski aus Grätz, Gouvernante Fräulein Hübner aus Oels und Kaufmann Joseph aus Pleschen.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Tuchfabrikant Windisch aus Kirchhain, die Beamten Reinhold aus Breslau und Kisau aus Wongrowiec, die Kaufleute Pflaum aus Trzemeszno und Kaphan aus Miłosław.

DREI LILIEN. Geometer Frank und Gastwirth Bellach aus Buk.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

(Beilage.)

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, 6. Juli Vorm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Montag, 7. Juli Abends 6 Uhr: Missionsgottesdienst. Herr Konsist.-Rath Dr. Göbel.

Petrikirche. 1) Petrigemeinde. Sonntag, 6. Juli früh 9 Uhr: Herr Hülfsprediger Müller. (Abendmahl.) Abends 6 Uhr: Herr Kandidat Menzel.

Sonnabend, 5. Juli Nachm. 2 Uhr: Vorbereitung zum Abendmahl.

Mittwoch, 9. Juli Abends 6 Uhr: Herr Hülfsprediger Müller.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 6. Juli Vorm. 11 Uhr: Herr Konsistorialrath Carus. (Abendmahl.)

Freitag, 11. Juli Abends 6 Uhr: Herr Prediger Herwig.

Garnisonkirche. Sonntag, 6. Juli Vorm. 10 Uhr: Herr Militär-Oberprediger Bork. (Abendmahl.)

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag, 6. Juli Vorm. ½10 Uhr: Herr Pastor Böhringer, Nachm.: Derselbe.

Familien-Nachrichten.

Meine liebe Frau **Ida** geb. **Gugatsch** ist am 3. Juli c. Vormittags 11½ Uhr von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden. Mutter und Kind erfreuen sich des besten Wohlbefindens. Dieses statt jeder besonderen Meldung allen Freunden und Bekannten.

Posen, den 5 Juli 1862.

Gustav Sachse, Restaurateur.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

⚓ [Produktenverkehr.] In dieser Woche war die Getreidezufuhr beschränkt. Weizen ohne Begehr drückte sich im Preise, feiner 70—73 Thlr., mittlerer 66—68 Thlr., ordinärer 60—63 Thlr.; Roggen bei guter Nachfrage höher bezahlt, schwerer 48—49 Thlr., leichter 44—45—46½ Thlr.; Gerste ebenfalls höher gehalten, große 33—36 Thlr., kleine 30—35 Thlr.; Hafer unverändert, 22—27 Thlr.; Buchweizen ebenfalls ohne Aenderung, 35—37 Thlr.; Erbsen gut behauptet, Kocherbsen 44—45 Thlr., Futtererbsen 42—43 Thlr.; Kartoffeln billiger erlassen, 12⅚—13⅔ Thlr. Dagegen war unser Markt stärker mit Rübsen befahren, der je nach Beschaffenheit mit 87—94 Thlr. placirt wurde; desgleichen kamen auch vereinzelte kleine Transporte von frischem Raps zum Vorschein, die mit 84—94 Thlr. genommen worden sind. Im Uebrigen scheint der Raps in weniger mangelhafter Beschaffenheit als der Rübsen eingesammelt zu werden. — Mehl wie bisher, Weizenmehl Nr. 0 5⅓ Thlr., Nr. 0 u. 1 5 Thlr., Roggenmehl Nr. 0 3⅝ Thlr., Nr. 0 u. 1 3⅔ Thlr. pro Zentner unversteuert. — Das Terminsgeschäft in Roggen eröffnete in dieser Woche fest mit höheren Kursen. Durch die am Junistichtage in Kündigung gesetzten Posten regulirten sich die betreffenden Engagements schlank. Hiernächst blieb während des ganzen Wochenverlaufs eine günstige Stimmung vorherrschend und so gewannen die Kurse eine nicht unerhebliche Avance, die bis zum Schlusse sich behauptet hat. — Spiritus dagegen setzte in dieser Woche mit einer matten Haltung ein, die den Werth gedrückt erhielt. Die ansehnlichen Kündigungen am vormonatlichen Ultimo bewirkten eine ruhigere Realisirung der diesfälligen Schlüsse. Hiernächst jedoch trat einige Festigkeit zu Tage, die bis zum Wochenschlusse fortdauerte und den Werth allmälig wiederum nicht unerheblich erhöhete. Die Zufuhr blieb sehr mittelmäßig, während unausgesetzt Versendungen nach Außen statthatten, wodurch unsere Läger einigermaßen gelichtet wurden.

Geschäfts-Versammlung vom 5. Juli 1862.

Fonds.	Br.	Gd.	bez
Posener 4 % alte Pfandbriefe	—	104½	—
„ 3½ „ „	—	98¾	—
„ 4 „ neue „	—	98⅝	—
„ Rentenbriefe	—	98¾	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	96½	—
„ 5% Prov. Obligat.	—	—	—
„ 5 „ Kreis-Obligationen	—	—	—
„ 5 „ Obra-Mel.-Oblig.	—	—	—
„ 4½ „ Kreis-Obligationen	—	—	—
„ 4 „ Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	90	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	99¾	—
„ 4½ „ Freiw. Anleihe	—	101	—
„ 4½ % St.-Anl. exkl. 50 u 52	—	101½	—
„ 5 „ Staats-Anleihe	—	108	—
„ 3½ „ Prämien-Anleihe	—	122½	—
Schlesische 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpreuß. 4 „ „	—	—	—
Polnische 4 „ „	—	87	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prior. Akt. Lit. E.	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Rheinische Eisenb. Stamm Aktien	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87½	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen fest, pr. Juli 45 Gd., ½ Br., Juli-August 44½ Gd., 45 Br., Aug.-Sept. 44½ Gd., 45 Br., Sept.-Okt. 44½ Gd., Okt.-Nov. 44½ Gd., Nov.-Dez. 44 Gd.

Spiritus geschäftslos, mit Faß pr. Juli 18½ Gd., 5/12 Br., August 18½ Br., ½ Gd., Sept. 18½ Br., ¼ Gd., Okt. 17⅞ Gd., 18 Br., Nov. 17⅛ Gd., ½ Br., Dez. 17 Gd.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 4. Juli Vrm. 8 Uhr 1 Fuß 10 Zoll.
„ 5. „ „ „ „ 1 „ 8 „

Börsen-Telegramm.

Berlin, den 5. Juli 1862.

Roggen, Stimmung flau.
„ loko 52¾.
„ Juli 51⅞.
„ September-Oktober 49½.

Spiritus, Stimmung flau.
„ loko 19½.
„ Juli 18⅞.
„ September-Oktober 18 23/24.

Rüböl, Stimmung niedriger.
„ loko 14¾.
„ Juli 14½ Br.
„ September-Oktober 14 5/12.

Stimmung der Fondsbörse: fest.
Staatsschuldscheine 90½.
Neue Posener 4% Pfandbriefe 99.
Polnische Banknoten 87½.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Juli. Wind: SW. Barometer: 28¹. Thermometer: früh 10° +. Witterung: regnigt.

Weizen loko 65 a 80 Rt.

Roggen loko 50 a 52¾ Rt., Juli 51½ a 51⅞ a 51⅝ Rt. bez., Br. u. Gd., 51⅞ Br., Juli-Aug. 50½ a 50⅝ Rt. bez. u. Gd., 50¾ Br., August-Sept. 50½ a 50⅛ a 50½ Rt. bz. u. Gd., 50⅝ Br., Sept.-Okt. 49½ a 49½ a 49⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., Okt.-Nov. 49 a 48½ Rt. bz.

Große Gerste 34 a 38 Rt.

Hafer loko 24 a 27 Rt., Juli 25¾ a 25⅞ Rt. bz., Juli-August do., Aug.-Sept. 25⅞ Rt. bz., Sept.-Okt. 25⅞ Rt. bz., Okt.-Nov. 25½ Rt. bz.

Rüböl loko 14⅝ Rt. Br., Juli 14⅝ Rt. bz., Juli-August 14 7/12 Rt. bz. u. Gd., 14⅝ Br., Aug.-Sept. 14⅝ Rt. Br., Sept.-Okt. 14 7/12 a 14⅝ Rt. bz, Br. u. Gd., Okt.-Nov. 14⅝ a 14⅝ Rt. bz. u. Br., 14⅝ Gd., Nov.-Dez. 14⅝ Rt. bz.

Spiritus loko ohne Faß 19⅝ Rt. bz., Juli 19 a 19 1/12 a 19 Rt. bz. u. Gd., 19 1/12 Br., Juli-Aug. do., Aug.-Sept. 19½ a 19½ Rt. bez. u. Gd., 19½ Br., Sept.-Okt. 19½ a 19½ Rt. bez. u. Gd., 19½ Br., Okt.-Nov. 18½ a 18 5/12 Rt. bez. u. Gd., 18½ Br., Nov.-Dez. 18½ Rt. bez.

Weizenmehl 0 4 11/12 a 5½, 0. u. 1. 4½ a 5 Rt.
Roggenmehl 0. 3¾ a 4 1/12, 0. u. 1. 3½ a 3¾ Rt.
(B. u. H. Z.)

Stettin, 4. Juli. Das Wetter blieb herbstlich kühl und stürmisch mit häufigen Regenschauern.

Weizen loko p. 85pfd. gelber galizischer 72—74 Rt. bz., weißer Krakauer 76—79 Rt. bz., bunter polnischer einige Ladungen 76 Rt. bz., weißer do. 78 Rt. bez., 83/85pfd. gelber Juli-Aug. 78¾ Rt. bz. u. Gd., Sept.-Okt. 77, 77½, 77¾ Rt bz. u Gd.

Roggen loko p. 77pfd. galiz. 48 Rt. bez., 77pfd. Juli 49¾, ⅞, 50 Rt. bz., Juli-Aug. 49½, ¾ Rt. bez. u. Gd., Sept.-Okt. 49¾, ⅞, 50 Rt. bz., Br. u. Gd., Okt.-Nov. 49⅝ Rt. Br., 49 Gd., Frühjahr 50 Rt. Br., 49 Gd.

Gerste, p. 70pfd. pomm. 38 Rt. bz., schles. 39½ Rt. bz.

Hafer loko p. 50pfd. 27½—29 Rt. bz., schwimmend von Brieg p. Konn. 26½ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
68—76	48—52	34—38	26—29	54—54.

Rüböl loko 14½ Rt. Br., Juli-August do., Sept.-Okt. 14 5/12, ½ Rt. bz. u. Br.

Spiritus loko ohne Faß 19½ Rt. bz., Juli u. Juli-Aug. 18½, 7/12, ⅝ Rt. bz. u. Br., August-Sept. 18⅝ Rt. bz., Sept.-Okt. 18⅝, ¾ Rt. bz. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 4. Juli. Die Witterung ist bei Süd-Wind heute angenehm, früh zeigte das Thermometer 13° Wärme.

Schlesischer weißer Weizen p. 84pfd. 72—81—87 Sgr., weißer galizischer 72—76—82 Sgr., gelber schlesischer 72—81—85 Sgr., feinster über Notiz, gelber galizischer 72—76—83 Sgr., geringere und blauspitzige Sorten 70—80 Sgr.

Roggen 55—58—60—62 Sgr. p. 84 Pfd., feinste Waare über Notiz bezahlt.

Gerste p. 70pfd. 40½—41 Sgr., vereinzelt 41 Sgr.

Hafer, p. 50pfd. 25½—27 Sgr. bz.

Kocherbsen 52—54 Sgr., Futtererbsen 45—48 Sgr. p. 90 Pfd.

Winterrübsen 210—230—246 Sgr., Winterraps 190—200—224 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto.

Kleesamen, rother 8—13 Rt. bz., weißer ohne Angebot 8—16½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 18 5/12 Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Juli 46 bz. u. Gd., Juli-August 45½ bz., Aug.-Sept. 45½ Br., 45 bz., Sept.-Okt. 45 bz, Br. u. Gd., Okt.-Nov. 44½ bz., Nov.-Dez. 44 Br.

Hafer Juli-August 22½ Br.

Spiritus loko 18½ Gd., leihweises Faß 18⅝ bz., p. Juli u. Juli-Aug. 18½ Br., Aug.-Sept. 18 7/12 Gd., Sept.-Okt 18½ Gd., Okt.-Nov. 17¾ Gd., Nov.-Dzbr. 17½ Gd. (Br. Hdlsbl.)

Görlitz, 3. Juli. Weizen 2 Thlr. 22½ Sgr. bis 3 Thlr. pr. Schfl., Roggen 1 Thlr. 25 Sgr. bis 2 Thlr. 3¾ Sgr., Gerste 1 Thlr. 7½ Sgr. bis 1 Thlr. 11¼ Sgr., Hafer 22½ Sgr. bis 1 Thlr., Erbsen 2 Thlr. bis 2 Thlr. 10 Sgr., Kartoffeln 16 bis 18 Sgr., Stroh à Schock 5½ bis 6 Thlr.

Magdeburg, 4. Juli. Weizen 68—72 Thlr., Roggen 54—56 Thlr., Gerste 36—38 Thlr., Hafer 26—27 Thlr.

Kreis Posen, 5. Juli. Der durchschnittliche Spiritus-Marktpreis pro Juni stellte sich

in Posen auf	17 Thlr.	15 Sgr.	5 Pf.
in Berlin „	18 „	18 „	3 „
so daß letzterer Platz die Tonne mit	1 „	2 „	10 „

höher bezahlte, als Posen.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 4. Juli. Weizen loko fester, ab Auswärts fest gehalten. Roggen loko 2 Thlr. höher, ab Königsberg Juli-August 83—84 zu machen. Oel loko 29¾, Oktober 29¼. Kaffee kleines Konsumgeschäft.

London, 4. Juli. In Weizen war gutes Geschäft. Hafer und Gerste theurer. Wetter schön.

Liverpool, 4. Juli. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 155,170 Ballen. Upland 16⅜, Orleans 17.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 4. Juli 1862.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101½	G
Staats-Anl. 1859	5	108⅛	bz
do. 50, 52 konv.	4½	100	bz
do. 54, 55, 57, 59	4½	101⅞	bz [1859r
do. 1856	4½	101⅞	bz [101⅞ bz
do. 1853	4	100	bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	122¼	bz
Staats-Schuldsch.	3½	90	bz
Kur-u. Neum Schldv	3½	89¾	bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	102½	bz
do. do.	3½	89¼	B
Berl. Börsenh. Obl.	5	104½	bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	93¼	bz
Märkische	4	101¼	B
Ostpreußische	3½	89	bz
do.	4	99⅜	bz
Pommersche	3½	91¼	B
do. neue	4	101	bz
Posensche	4	104½	G
do.	3½	98⅜	bz
do. neue	4	98⅛	bz
Schlesische	3½	94¼	B
do. B. garant.	3½	—	—
Westpreußische	3½	88¾	bz
do.	4	98¼	bz
do. neue	4	—	—
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	99¾	bz
Pommersche	4	99½	bz
Posensche	4	98⅜	bz
Preußische	4	99½	bz
Rhein.-Westf.	4	99	bz
Sächsische	4	100	bz
Schlesische	4	100¼	G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	55½	G
do. National-Anl.	5	64⅞-65	bz
do. 250fl. Präm. Ob.	4	74	etw bz u B
do. 100fl. Kred. Loose	—	69½	bz
do. 5prz. Loose (1860)	5	72¾	bz u B
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	86½	bz
6. do.	5	95¾	bz
Englische Anl.	5	94¾	B
N. Russ. Egl. Anl	3	59½	B
do.	4½	89	G
do. v. J. 1862	5	92⅞	etw-¼ bz
Poln. Schatz O.	4	82¾	bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	95¼	bz
do. B. 200 Fl.	—	23½	G
Pfdbr. n. i. SR.	4	87⅛	B
Part. O. 500 Fl.	4	92¾	G
Hamb. Pr. 100 BM.	—	102	B
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	56¾	G
Neue Bad. 35fl. Loos.	—	31¾	B
Dessauer Präm. Anl.	3½	103	B
Schwed. Präm. Anl.	—	96	G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115¾	G
Berl. Handels-Ges.	4	91	B
Braunschwg. Bank-	4	80½	G
Bremer do.	4	103⅛	B
Coburger Kredit-do.	4	72	G
Danzig. Priv. Bk.	4	102¼	G
Darmstädter Kred.	4	87	B
do. Zettel-Bank	4	98	Kl bz
Dessauer Kredit-B.	4	5½	etw bz u G
Dessauer Landesbk.	4	27⅜	bz
Disk. Komm. Anth.	4	96½-¾	bz
Genfer Kreditbank	4	46¼	bz u B
Geraer Bank	4	88	etw bz u G
Gothaer Privat do.	4	80	B
Hannoversche do.	4	98½	G
Königsb. Privatbk.	4	98	G
Leipziger Kreditbk.	4	78¼	G
Luxemburger Bank	4	99¼	G
Magdeb. Privatbk.	4	89	bz
Meininger Kreditbk.	4	89	bz
Moldau. Land. Bk.	4	26½-27-26¾	bz
Norddeutsche do.	4	94	G
Oestr. Kredit- do.	5	85¾-86	bz u G
Pomm. Ritter- do.	4	92	bz
Posener Prov. Bank	4	96½	bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	122	bz u G
Rostocker Bank	4	116	etw bz
Schles. Bankverein	4	96½	bz
Thüring. Bank	4	59	bz u B
Vereinsbnk. Hamb.	4	101	G
Weimar. Bank	4	81	B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	92½	G
do. II. Em.	4	91¾	G
do. III. Em.	4½	99½	bz
Aachen-Mastricht	4½	74½	B
do. II. Em.	5	74½-75	bz
Bergisch-Märkische	4½	101	bz
do. II. Ser. (1850)	4½	100¾	G
do. II. Ser. (1855)	5	100½	bz
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	84⅞	bz
do. IV. Ser.	5	100½	bz
do. Düsseld. Elberf.	4	—	—
do. II. Em.	5	—	—
III. S. (Dm.-Soest	4	95	B
do. II. Ser.	4½	100	G
Berlin-Anhalt	4	100	G
do.	4½	101⅛	G
Berlin-Hamburg	4½	99½	B
do. II. Em.	4½	99½	B
Berl. Potsd. Mg. A.	4	—	—
do. Litt. B.	4	—	—
do. Litt. C.	4½	101½	bz
do. Litt. D.	4½	101¼	bz
Berlin-Stettin	4½	—	—
do. II. Em.	4	95⅛	G
do. III. Em.	4	95½	bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	101¾	B
Bresl. Schw. Freib.	4½	—	—
Brieg-Neißer	4½	—	—
Cöln-Crefeld	4½	99½	B
Cöln-Minden	4½	101¾	G
do. II. Em.	5	103	B
do.	4	96½	bz
do. III. Em.	4	95	B
do.	4½	101½	bz
do. IV. Em.	4	93½	bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	91½	G
do. III. Em.	4½	—	—
Magdeb. Halberst.	4½	102¾	bz
Magdeb. Wittenb.	4½	99⅜	bz
Niederschles. Märk.	4	99¼	bz
do. conv.	4	99¼	bz
do. conv. III. Ser.	4	97	G
do. IV. Ser.	4½	101½	G
Niederschl. Zweigb.	5	100¾	B
Nordb., Fried. Wilh.	4½	99⅝	G
Oberschles. Litt. A.	4	—	—
do. Litt. B.	3½	88	bz
do. Litt. C.	4	—	—
do. Litt. D.	4	96	bz
do. Litt. E.	3½	85	G
do. Litt. F.	4½	101¾	G
Oestr. Französ. St.	3	270½	bz u G
Oestr. südl. Staatsb.	3	262	bz u B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	—	—
do. II. Ser.	5	—	—
do. III. Ser.	5	—	—
Rheinische Pr. Obl.	4	93	G
do. v. Staat garant.	3½	88	G
do. Prior. Obl.	4½	98¾	bz
Rhein-Nahe v. St. g.	4½	101	bz
do. II. Em.	4½	101	bz
Ruhrort-Crefeld	4½	—	—
do. II. Ser.	4	91½	G
do. III. Ser.	4½	99½	G
Stargard-Posen	4	—	—
do. II. Em.	4½	100¼	G
do. III. Em.	4½	100¼	B
Thüringer	4½	101¼	bz
Thüringer II. Ser.	4½	—	—
do. III. Ser.	4½	102	G
do. IV. Ser	4½	102¼	bz

Eisenbahn-Aktien.

Aachen Düsseldorf	3½	85½	bz
Aachen-Mastricht	4	34¾	G
Amsterd. Rotterd.	4	88¾	bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	109½	bz
do. Lt. B.	4	105	B
Berlin-Anhalt	4	140	G
Berlin-Hamburg	4	119	G
Berl. Potsd. Magd.	4	193½	bz
Berlin-Stettin	4	127	bz
Bresl. Schw. Freib.	4	126	G
Brieg-Neiße	4	73	bz
Cöln-Minden	3½	176½	G
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	56½	B
do. Stamm-Pr.	4½	92½	B
do. do.	5	94¼	bz
Löbau-Zittauer	4	—	—
Ludwigshaf. Bexb.	4	135¼	B
Magdeb. Halberst.	4	300	G
Magdeb. Leipzig	4	239¾	etw bz
Magdeb. Wittenb.	4	44	G
Mainz-Ludwigsh.	4	124	bz
Mecklenburger	4	57⅝	G
Münster-Hammer	4	97¾	G
Niederschles. Märk.	4	99¼	bz
Niederschl. Zweigb.	4	70	B
Nordb., Frd. Wilh.	4	63⅝-¾	bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	153¾-54	bz
do. Lt. B.	3½	134⅛	bz
Oest. Franz. Staat.	5	131	bz u B
Oest. sdl. StB (Lom)	5	148¾-½-¾	bz
Oppeln-Tarnowitz	4	47½	B
Pr. Wilh. (Steel-V)	4	60½	bz
Rheinische	4	94	bz
do. Stamm-Pr.	4	102	B
Rhein-Nahebahn	4	31⅞	bz
Ruhrort-Crefeld	3½	91¾	B
Stargard-Posen	3½	99⅞	bz
Thüringer	4	119½	G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½	bz
Gold-Kronen	—	9. 6½	G
Louisd'or	—	109⅝	bz
Sovereigns	—	6. 23½	G
Napoleonsd'or	—	5. 10½	bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 461	bz
Dollars	—	1. 11⅛	bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 23	G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅝	bz
Fremde Noten	—	99¼	G
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅝	bz
Oestr. Banknoten	—	79⅞	bz
Poln. Bankbillets	—	87⅛	bz u G
Russische do.	—	87⅛	bz u G

Industrie-Aktien.

Deff. Kont. Gas-A.	5	110	etw bz
Berl. Eisenb. Fab.	5	89	bz u G
Hörder Hüttenv. A.	5	87	B
Minerva, Brgw. A.	5	28½	G
Neustädt Hüttenv.	4	7	B
Concordia	4	108½	G
Magdeb. Feuerverf	4	410	G

Wechsel-Kurse vom 3. Juli.

Amstrd. 250 fl. 10T	4	143⅝	bz
do. 2 M.	4	142¾	bz
Hamb. 300 Mk 8T.	4	152	bz
do. do. 2 M	4	150¾	bz
London 1 Lstr 3 M.	3	6. 21¾	bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3½	80	bz
Wien 150 fl. 8 T.	—	79½	bz
do. do. 2 M.	5	78⅞	bz
Augsb 100 fl 2 M.	3	56 24	G
Frankf. 100 fl. 2 M.	2½	56. 26	bz
Leipzig 100 Tlr. 8T.	4	99⅝	G
do. do. 2 M.	4	99⅛	bz
Petersb. 100 R. 3 W	5	96	bz
do. do. 3 M	4	95⅜	bz
Brem. 100 Tlr. 8T.	2½	109⅛	bz
Warschau 90 R. 8T.	5	87⅛	bz

Die Stimmung der Börse war heute für alle Effektengattungen in Folge der besseren auswärtigen Kurse noch günstiger.

Breslau, 4. Juli. Bei äußerst geringem Geschäft waren die Kurse fest behauptet und theilweise höher. Fonds sehr begehrt.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Akt. 86½-⅝ bz. Oestr. Loose 1860 —. Posener Bank 96 bz. Schlesischer Bankverein 96 Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Akt. 126⅝ Br. dito Prior. Oblig. 96⅝ Br. dito Prior. Oblig. Lit. D. 102⅛ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 102⅛ Br. Köln-Mind. Prior. 94¼ Br. Neiße-Brieger 73½ Br. Oberschles. Lit. A. u. C. 153¾ Br. do. Lit. B. 133¾ Gd. do. Prior. Oblig. 96 7/12 Br. do. Prior. Oblig. 101½ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. 84¾ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 47 7/12 Br. Kosel-Oderberger —. do. Prior. Oblig. —. do. Prior. Oblig. —. do. Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, Freitag 4. Juli, Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Börse fest, aber geschäftslos.

5% Metalliques 71, 10. 4½% Metalliques 62, 50. Bankaktien 817. Nordbahn 194, 40. 1854r Loose 91, 00. National-Anlehen 82, 20. St. Eisenb. Aktien-Cert. 254, 00. Kredit-Aktien 218, 10. London 128, 10. Hamburg 95, 50. Paris 50, 70. Gold —. Böhmische Westbahn 161, 50. Lombardische Eisenbahn 283, 00. Kreditloose 132, 30. 1860r Loose 92, 25.

Frankfurt a. M., Freitag 4. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Oestr. Effekten, besonders englische Metalliques von 1859 besser bezahlt. Vollbezahlte neue Russen 90½—⅜.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 125½. Preuß. Kassenscheine 105. Ludwigshafen-Bexbach 135½. Berliner Wechsel 105½. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 118¾. Pariser Wechsel 93¾. Wiener Wechsel 92. Darmstädter Bankaktien 216. Darmstädter Zettelbank 249. Meininger Kreditaktien 88¾. Luxemburger Kreditbank 99½. 3% Spanier 48¾. 1% Spanier 43¾. Span. Kreditbank Pereira 510. Span. Kreditbank von Rothschild 525. Kurhessische Loose 56⅞. Badische Loose 55¼. 5% Metalliques 54. 4½% Metalliques 47⅞. 1854r Loose 71½. Oestreichische National-Anlehen 63½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 234. Oestr. Bankantheile 756. Oestreichische Kreditaktien 200. Neueste östreich. Anleihe 73½. Oestreich. Elisabethbahn 121. Rhein-Nahebahn 33½. Hessische Ludwigsbahn 124½.

Hamburg, Freitag 4. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse ganz geschäftslos.

Schlußkurse. National-Anleihe 63¾. Oestr. Kreditaktien 84½. 3% Spanier 45½. 1% Spanier 41. Mexikaner 26½. Vereinsbank 101⅛. Norddeutsche Bank 95½. Rheinische 92. Märkisch-Bergische —. Nordbahn 62½. Diskonto 4. London lang 13 Mk. 3½ Sh. not., 13 Mk. 4¼ Sh. bez. London kurz 13 Mk. 4¾ Sh. not., 13 Mk. 5⅛ Sh. bez. Amsterdam 35, 85. Wien 98, 00. Petersburg 30.

London, Freitag 4. Juli. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 21,605,855, der Metallvorrath 16,220,771 Pfd. St.

London, Freitag 4. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61.

Konsols 91⅞. 1% Spanier 43½. Mexikaner 28½. Sardinier 82½. 5% Russen 95. 4½% Russen 88½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8¼ Sh. Wien 12 Fl. 95 Kr.

Der fällige Dampfer aus Rio Janeiro ist angekommen.

Amsterdam, Freitag 4. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Fest und ziemlich lebhaft.

5% Oestr. Nat. Anl. 60 9/16. 5% Metalliques Lit. B. 73⅞. 5% Metalliques 51 13/16. 2½% Metalliques 26 11/16. 1% Spanier 44. 3% Spanier 48 7/16. 5% Russen 80½. 5% Stieglitz de 1855 89 13/16. Mexikaner 27⅞. Holländische Integrale 63½.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.